



40 JAHRE BUND BERLIN

Themen, Projekte und Aktionen 1980–2020:
Was uns bewegt hat, was wir bewegt haben





40 JAHRE BUND BERLIN

**Themen, Projekte und Aktionen 1980–2020:
Was uns bewegt hat, was wir bewegt haben**

VORWORT

Liebe Aktive und Mitglieder, liebe Freund*innen des BUND,

40 Jahre gibt es nun schon den BUND Berlin. Das ist länger als die Berliner Mauer stand, länger als der BER-Bau dauerte und länger als die Amtszeiten von Helmut Kohl, Gerd Schröder und Angela Merkel zusammen. Was uns in diesen vier Jahrzehnten bewegt hat und was wir bewegen konnten, haben wir in dieser Broschüre aufgeschrieben.

Dass diese Rückschau neben den vielen Glanzmomenten der BUND-Geschichte auch Lücken enthält, ist unvermeidlich. Mit zunehmendem Alter lässt eben auch bei Vereinen das Erinnerungsvermögen nach. Wahrscheinlich ist das besser so, denn eine Aufzählung sämtlicher Aktivitäten aus 40 Jahren hätte zu einem telefonbuchdicken Druckwerk geführt. So viele bemerkenswerte Menschen haben sich für den BUND Berlin engagiert: Ehrenamtliche in Arbeitskreisen, Bezirksgruppen und Vorstand, Hauptamtliche in der Geschäftsstelle, unsere BUNDjugend, Zivis und Praktikant*innen, Personen im Rampenlicht, Expert*innen, Strateg*innen und nimmermüde Organisator*innen im Hintergrund, für Aktionen jederzeit ansprechbare Mitglieder und Freund*innen des BUND – all ihnen wollen wir ein donnerndes Dankeschön zurufen. Ohne euch wäre der BUND Berlin nichts, ihr seid der BUND Berlin!

Die Gesamtschau von Erfolgen und bestehenden Herausforderungen in dieser Broschüre macht klar, warum sich der BUND Berlin auch im reifen Alter von 40 Jahren nicht zur Ruhe setzen wird: Unsere Arbeit wirkt und wird benötigt. Damals wie heute geht es um Abfallpolitik, Erhalt und Förderung der Biodiversität, saubere und effiziente Energie und die Überwindung der autogerechten Stadt. Selbstverständlich werben wir weiter in der Öffentlichkeit für mehr Umweltschutz, sehen den Regierenden gleich welcher politischen Couleur genau auf die Finger, streiten für mehr Beteiligung der Bürger*innen an den Entscheidungsprozessen und fungieren wenn nötig als der sprichwörtliche Anwalt der Natur. Das ist unser Anspruch, an dem wir uns jetzt und beim nächsten runden Jubiläum messen lassen.

Verena Graichen im Namen des Vorstands



INHALT

Verkehrspolitik: Mobil ohne Auto	04
Klima- und Ressourcenschutz: Von Technikfreaks zu Suffizienz-Botschafter*innen	10
Naturschutz: Die drei großen W	18
Der BUND in der Gesellschaft: Kritisieren, kooperieren, verklagen, verbessern	26
BUND-Organisationsgeschichte: Der professionelle Mitmachverein	32
Frühere BUND-Vorsitzende erinnern sich	38
Chronik 1980–2020	42



Straßenbahn
für ganz Berlin



BUND

Stam 6 Zoo

MOBIL OHNE AUTO

Probleme benennen, Öffentlichkeit schaffen, Alternativen präsentieren und notfalls auch mal klagen: Seit vier Jahrzehnten kämpfen die ehren- und hauptamtlichen BUND-Aktiven für die Verkehrswende in Berlin.

Am Anfang war das Auto und das Auto war ein Ärgernis. So begann zwar nicht die Geschichte der Menschheit, aber doch immerhin die der Berliner BUND-Aktivitäten in Sachen Verkehrspolitik. West-Berlin drohte in den Achtzigerjahren buchstäblich unter die Räder zu geraten, da die bis 1981 ununterbrochen regierende SPD unbeirrt auf die autogerechte Stadt setzte. In den Nachkriegsjahren waren nicht wenige leicht oder gar nicht beschädigte Häuser der Verbreiterung der Hauptverkehrsstraßen zum Opfer gefallen; 1967 stellte der Senat den Straßenbahnbetrieb ein – Schienenverkehr durfte die BVG somit nur noch unter der Erde veranstalten, damit oben mehr Platz für den motorisierten Individualverkehr blieb. Dabei konnte von Verkehrschaos keine Rede sein: Historische Fotos aus den Innenstadtbezirken zeigen mäßig befahrene Straßen und nur sehr wenige parkende Autos. Nichtsdestotrotz arbeitete der Senat daran, die Stadt mit einem Netz von Autobahnen zu überziehen, wie es der Flächennutzungsplan von 1965 vorsah. Daran änderte auch der Regierungswechsel 1981 zur CDU nichts, ganz im Gegenteil.

Auf der Brückenstraße 1995



Dauerärgernis A 100: Protest gegen ersten Spatenstich der 16. Abschnitts 2013

Der BUND nutzte von Anfang an alle Möglichkeiten, Sand ins Getriebe des Stadt- und Naturzerstörungsmotors zu streuen. So richtete sich 1985 die erste Klage des Berliner Landesverbands überhaupt gegen ein Autobahnvorhaben, den Berliner Teil der Transitstrecke nach Hamburg. Verhindert wurde die umstrittene Betonschneise durch den Tegeler Forst zwar nicht, sie kam aber mit einer Spur je Richtung schmäler als geplant und als Bundesstraße daher. Erst 1992 wurde sie – wieder unter BUND-Protest – verbreitert und zur Bundesautobahn (A 111) hochgestuft. Auch die Klagen gegen weitere Bauabschnitte der A 100 am Sachsen-damm 1992 und am Treptower Park 2012 konnten den Autobahnbau letztlich nicht beenden, aber immer wieder verzögern.

Wenn man CSU-Verkehrsminister machen lässt, gibt es noch mehr Autobahnen: Kritik am Bundesverkehrswegeplan 2016



Protest gegen Prestigeprojekte

Wer weiß, ob ohne die BUND-Aktivitäten die A 100 nicht schon längst ein geschlossener Ring wäre? Im Fall der ebenfalls seit 1965 geplanten Westtangente ist klar: Nur die jahrelangen Proteste gegen die Autobahn von Steglitz über den Schöneberger Wannseeграben und durch den Tiergarten bis Tegel haben dafür gesorgt, dass die A 103 heute am Autobahnkreuz Schöneberg endet. 2010 unterstützte der BUND Anwohner*innen bei ihren Klagen gegen zwei unzeitgemäße Straßenausbauprojekte: Im Fall Invalidenstraße nutzte die Verkehrsverwaltung den Wiederaufbau der Straßenbahn, um die Zahl der Autofahrspuren von zwei auf vier zu verdoppeln. Im Fall Axel-Springer-Straße nahmen die Planer*innen die Wiederherstellung des historischen Straßenverlaufs mit Lückenschluss zwischen Kreuzberg und Mitte zum Anlass, die Auto-spuren zu verdoppeln. Diese beiden Klagen scheiterten, dafür hatte der BUND in anderen juristischen Auseinandersetzungen Erfolg. Gleich zweimal zwang die Verwaltungsgerichtsbarkeit die Senatsverkehrsverwaltung dazu, Tempolimits an Hauptstraßen einzurichten, um Menschen vor Lärm und Abgasen zu schützen: 2003 in der Brückenstraße (Mitte) und 2016 in der Berliner Allee (Weißensee).

Als die Mauer fiel, wurden sehr schnell fast alle Straßenverbindungen zwischen Ost und West wiederhergestellt. Nur die Eisenbahn kam von einzelnen Reaktivierungen abgesehen nur im Schnecken-tempo zurück – mehrere Strecken wie die S-Bahn nach Falkensee, die Kremmener Bahn und auch die Stammbahn sind 30 Jahre nach dem Mauerfall immer noch stillgelegt. Der BUND Berlin hat sich seit 1989 für die Wiederherstellung aller Schienenverbindungen ins Umland ausgesprochen, weil die Trassen freigehalten wurden und Neubaustrecken immer größere Eingriffe in die Natur bedeuten.

Nun, auch Bahnprojekte waren vor BUND-Kritik nicht sicher, wenn sie unnötig, überdimensioniert, kontraproduktiv oder naturzerstörerisch geplant wurden. Das begann in den Achtzigerjahren mit dem Widerstand gegen die Magnetbahn im Tiergarten, gegen die der BUND eine seiner ersten Klagen richtete. Nach der Wende spendierte die Kohl-Regierung Berlin im Rahmen der Hauptstadtwerdung eine ganze Reihe prestigeträchtiger Bahnprojekte, bei denen der Nutzen in keinem Verhältnis zu den finanziellen und ökologischen Kosten stand. Den Transrapid stoppte die nachfolgende rot-grüne Bundesregierung, nachdem eine fulminante BUND-Kampagne die Unsinnigkeit

Erfolgreiche Volksinitiative: 135.000 Unterschriften gegen Transrapid Berlin-Hamburg 1998



der Magnetschwebbahnverbindung nach Hamburg unübersehbar gemacht hatte. Das „Pilzkonzept“ der Fernbahn samt Tiergartentunnel und Hauptbahnhof hingegen wurde trotz seiner vielen Unzulänglichkeiten ebenso Realität wie die U5-Verlängerung. Apropos U-Bahn: Auch in den beginnenden Zwanzigerjahren hält der BUND die Netzerweiterung für keine gute Idee, schließlich ist der Tunnelbau nicht nur unglaublich langwierig und teuer (acht Jahre und über eine halbe Milliarde Euro für 2,2 Kilometer), sondern weist aufgrund des großen Bedarfs an Zement und Stahl auch eine miserable Klimabilanz auf.

2006 wurden Pläne der BVG bekannt, die Straßenbahnstrecke zwischen Grünau und Schmöckwitz stillzulegen. Nachdem der BUND tausende Unterschriften für den Erhalt der beliebten Ausflugsbahn entlang des Dahme-Ufers gesammelt hatte, lenkten Senat und die BVG ein und ließ die notwendigen Reparaturen an der Strecke vornehmen. Andere BUND-Aktionen machten eher auf mittelfristig zu lösende Probleme aufmerksam. 2012 dokumentierten Aktive des AK Mobilität Ampeln, die Fußgänger*innen besonders lang warten lassen, und Kreuzungen mit den gefährlichen, inzwischen verbotenen Doppelabbiegespuren. 2013 erinnerte die Kampagne „Radspuren frei“ Autofahrende daran, dass Radverkehrsanlagen nicht zum Parken gedacht sind. 2015 stellte sich bei einer Untersuchung historischer und aktueller Busfahrpläne heraus, dass die durchschnittliche Reisegeschwindigkeit der BVG-Busse auf den Berliner Straßen seit den Fünfzigerjahren drastisch gesunken ist.

Pläne zum Anfassen

Natürlich ging es nie nur ums Kritisieren und Verhindern, sondern vor allem ums Bessermachen. 1986 legten die BUND-Aktiven dem Abgeordnetenhaus mit der Broschüre „Berlin verkehr(t)“ die Vision einer autoarmen Stadt vor. Im Jahr 2000 folgte das Buch „Straßenbahn für ganz Berlin“, ein Konzept für einen leistungsfähigen Schienennahverkehr ohne neue U-Bahn-Projekte. Seit Mitte der Nullerjahre veröffentlicht der BUND in unregelmäßigen Abständen Fahrradstadtpläne, die einerseits den (eher schleppenden) Aufbau der Fahrradinfrastruktur dokumentieren und andererseits ganz praktische Orientierung bieten, wo es sich gut radeln lässt und wo nicht. 2018 formte der BUND zusammen mit anderen Verbänden den von der erfolgreichen Volksinitiative „Volksentscheid Fahrrad“ vorgelegten Entwurf eines Radgesetzes zu einem auch Fuß- und öffentlichen Verkehr fördernden Mobilitätsgesetz um, das das Abgeordnetenhaus beschloss.

Jenseits der Lobbyarbeit für eine Verkehrswende arbeitete der BUND daran, umweltfreundliche Mobilität im Alltag zu verankern. In den Neunzigern warb man für den mobilen Reparaturservice „Dr. Bike“, bei dem BUND-Mitglieder Rabatt bekamen.



Kampagne „Einkaufen mit dem Rad“ 2006–2009

In den Nullerjahren begann der BUND sich um die Mobilitätsbildung zu kümmern: Kinder sollen lernen, sich sicher und eigenständig im Verkehr zu bewegen. Dazu entwickelte er bis heute mit über 200 Grundschulen „Zu Fuß zur Schule“-Aktivitäten. An Erwachsene, nämlich an Händler*innen und Kund*innen, richtete sich dagegen das Projekt „Einkaufen mit dem Rad“, das die Radfahrbedingungen in ausgewählten Einkaufsstraßen in den Blick nahm und nebenbei 2008 mit der östlichen Bergmannstraße Kreuzbergs erste Fahrradstraße initiierte. Auch an der Umgestaltungsplanung der westlichen Bergmannstraße zwölf Jahre später war der BUND maßgeblich beteiligt.



2005 erschien der erste BUND-Fahrradstadtplan

Klimadimension des Verkehrs immer wichtiger

Auch nach 40 Jahren bleibt die autogerechte Stadtplanung das große Problem. Wie zäh und vielschichtig es sich erweisen würde, konnten die ersten Berliner BUND-Aktiven allenfalls ahnen. Das zeigt ein Blick auf die im Zusammenhang mit Abgasen diskutierten Aspekte: bleifreies Benzin und Katalysator in den Achtzigern, bodennahes Ozon, Dieselruß und Filter in den Neunzigern, Feinstaub in den Nullerjahren, Stickoxide in den Zehnerjahren. Als sehr wirksam erwies sich die 2004 auf BUND-Druck in den Luftreinhalteplan aufgenommene Umweltzone. Doch erst im Lauf der Jahre wurde deutlich, welche enorme Rolle der Verkehr bei der zentralen Umweltfrage, der globalen Erhitzung, spielt. Und wie wenig Fortschritte es auf diesem Sektor gibt. Das gilt allerdings nicht nur für den Verkehr auf dem Boden, sondern auch für den in der Luft. Deshalb nahm der BUND immer wieder auch den Flugverkehr ins Visier. So übernahm er 2016 eine Aufgabe, die eigentlich die Länder Berlin und Brandenburg gehabt hätten, nämlich ein Luftverkehrskonzept für die Hauptstadtregion zu entwerfen. Kern des Konzepts: Entgelte für Starts und Landungen hoch, Zahl der Flüge runter.



Zu-Fuß-zur-Schule-Tag 2004: Kinder erklären der Verkehrssenatorin, was sich am Schulweg bessern muss

Aber zurück zum Auto: Nicht zuletzt dank jahrzehntelanger Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit der Umweltbewegung sprach es sich in der Stadtgesellschaft herum, dass weniger motorisierter Individualverkehr der Schlüssel zur Lösung eines ganzen Bündels von Problemen ist: Abgase, Unfälle, Lärm – und Platzmangel. Als zu Beginn der Zehnerjahre in Berlin das Bevölkerungswachstum einsetzte, das die Politik für die Neunzigerjahre erwartet hatte, ließ sich die Konkurrenz verschiedener Nutzungen des öffentlichen Raums nicht mehr leugnen. Dass die Platzansprüche von Wohnen und Stadtnatur gegeneinander ausgespielt werden, während das Autofahren und -parken heilig ist, will immer weniger Berliner*innen einleuchten. Dementsprechend lautet die Devise für die nächsten 40 Jahre: Die Stadt so organisieren, dass alle Menschen die Möglichkeit haben, die für sie relevanten Orte zu erreichen, ohne dass dabei mehr Wege zurückgelegt werden. Mehr Mobilität, weniger Verkehr. Vorausschauend hat sich der Arbeitskreis Verkehr schon 2006 in AK Mobilität umbenannt.



Der erste mobile Fahrradreparaturservice in Berlin, BUND-Mitglieder bekommen Rabatt (1997)



Bei einem Protest gegen Feinstaubbelastung in Neukölln 2006 wird ein Lkw aufgehalten, der die Maut auf der nahen A 100 sparen wollte



**KLIMAGERECHTIGKEIT
JETZT!**



BUND
LEADER OF THE GREEN MOVEMENT

WE ARE THE
ENERGY
REVOLUTION
KLIMASCHUTZ JETZT!



Leistung
abschalten!

Leistung
abschalten!

BUND
LEADER OF THE GREEN MOVEMENT

VON TECHNIKFREAKS ZU SUFFIZIENZ-BOTSCHAFTER*INNEN

In den Achtzigern und Neunzigern war die Abfall- und Energiepolitik beim BUND Berlin stark von technischen Aspekten geprägt. Doch nach und nach wurde klar, dass nichts Geringeres als eine Lebensstilwende nötig ist. Und dass Ressourcen- und Klimaschutz zusammengehören.

Die öffentlichen Dienstleistungen Stromversorgung und Abfallentsorgung folgten in der Nachkriegszeit zwar den bundesdeutschen Trends, allerdings wirkte sich die Insellage West-Berlins deutlich aus. Seit der Blockade 1948 war die Halbstadt bei der Energieproduktion ganz auf sich gestellt. Den Wunsch des Senats unter Willy Brandt, ein Atomkraftwerk auf der Wannseeinsel zu errichten, wollte die Bundesregierung in den Sechzigern nicht finanzieren, weil sie im Falle einer Havarie eine Evakuierung der West-Berliner Bevölkerung über die DDR für unmöglich hielt. Also blieb es bei aus Westdeutschland importierter Kohle als Energiequelle, die den wachsenden Energiehunger stillen sollte. Als Senat und der landeseigene Energielieferant Bewag Ende der Siebziger im Spandauer Forst ein weiteres Kraftwerk bauen wollten, formierte sich Widerstand. Den Naturschützer*innen, die sich vor Gericht durchsetzen konnten und von denen einige wenig später den BUND gründen sollten, ging es in erster Linie um die Rettung des Walds. Doch sie formulierten etwas, was man weder von Senat noch Bewag hörte: Strom sparen! Folgerichtig gehörte es in den Achtzigerjahren zu den (leider nicht durchgesetzten) Forderungen des BUND, die Tarife der Bewag stärker nach Verbrauch zu staffeln – damals noch eine vom Senat zu treffende politische Entscheidung.

BUND-Aktion zur ersten Weltklimakonferenz 1995 in Berlin



1988 deutete sich ein Ende der Stromisolation an. Der Senat unter Eberhard Diepgen ließ die Bewag einen Liefervertrag mit dem Atomkonzern PreußenElektra (heute Eon) abschließen, der den Bau einer Hochspannungsleitung nach West-Berlin vorsah – die DDR sollte eine Transitgebühr in Form von Stromlieferung bekommen. Gegen die damit verbundene Trasse durch den Spandauer Forst klagte der BUND und konnte als Teilerfolg bessere Ausgleichsmaßnahmen für die zerstörte Natur erreichen.

Auch bei der Abfallentsorgung war West-Berlin auf sich gestellt. Entsorgen hieß in den Fünfzigern noch wegschaffen und anderswo abgelagern. Mit dem Wirtschaftswunder stieg die Müllmenge aber so stark, dass der Senat in den Sechzigern befürchten musste, bald keinen Platz mehr in den vier Deponien auf dem Stadtgebiet zu haben. 1967 ging daher der erste Kessel der Müllverbrennungsanlage Ruhleben in Betrieb, doch trotz Erweiterung zur laut BSR größten Müllverbrennungsanlage Europas reichte schon Anfang der Siebziger die Kapazität nicht mehr aus. Gegen die Pläne zur Erweiterung der bestehenden Deponien bildeten sich ebenso Bürgerinitiativen wie gegen die einer zweiten Müllverbrennungsanlage im südlichen Berlin. In dieser ungemütlichen Situation fand der Senat Hilfe von unerwarteter Seite: 1973 öffnete sich die DDR für Siedlungsabfälle, Bauschutt und Sonderabfälle aus West-Berlin. Die erste von vier von der BSR gebauten und betriebenen Deponien außerhalb West-Berlins befand sich 700 Meter hinter der Mauer in Großziethen, eigener Grenzübergang inklusive. Bis 1990 konnte die DDR 1,2 Milliarden Westmark mit dem Westmüll verdienen.

Das Müllnetz wird geknüpft

War mit dem DDR-Deal der Müllnotstand erledigt? Nicht für eine kleine, aber wachsende Schar von Umweltschützer*innen. 1983 fand in Berlin unter BUND-Beteiligung der Kongress „Leben ohne Müll“ statt, 1988 schloss sich der BUND Berlin mit anderen Initiativen zum „Müllnetz“ zusammen, das Konzepte zur Abfallvermeidung erstellte und auf den wachsenden Berg von Verpackungsmüll aufmerksam machte. Spätestens Mitte der Achtziger mussten sich die BUND-Aktiven, die sich im AK Abfallwirtschaft und im AK Altlasten organisierten, mit dem Thema Müllverbrennung beschäftigen, da der Senat nun in Neukölln-Britz trotz Müllexport in die DDR eine zweite Müllverbrennungsanlage plante. Mit viel ehrenamtlicher Expertise gelang es, das seit den Sechzigern gültige Dogma von der angeblich umweltfreundlichen, weil im Gegensatz zur Deponierung wasserschützenden Müllverbrennung zu erschüttern: 1989 stoppte die neue rot-grüne Koalition die Pläne für die Britzer Anlage – ein großer Erfolg!

Berlin sammelt zu wenig Rohstoffe: Protest gegen das „Duale System“ 1997



KLIMA- UND RESSOURCENSCHUTZ



Eindeutige Botschaft bei der Loveparade 1997

Doch schon ein Jahr später zeichnete sich im Zuge der Wiedervereinigung eine Müllflut ungekannter Größe ab. Die stark auf Wiederverwendung setzende DDR-Wirtschaft, die beispielsweise bei Milch dank Kannen und Pfandflaschen eine Mehrwegquote von fast 100 Prozent hatte, kollabierte. Gleichzeitig ging im Westen der Trend zu Einweg- und aufwendigeren Verpackungen weiter. Die folgenden Jahre verfolgten die Abfall-Spezialist*innen vom BUND zum einen genau, was die Verpackungsverordnung von 1991 und das Abfallwirtschaftsgesetz von 1994 brachten: Werden die vorgeschriebenen Mehrweg-, Sammel- und Verwertungsquoten in Berlin eingehalten? So konnte der BUND 1996 nachweisen, dass das Duale

System in Berlin zu wenig Aluminium, Blech und Kunststoff einsammelte. Zum anderen brachte der BUND seine abfallpolitischen Konzepte an so vielen Stellen unter wie nur möglich, etwa am Runden Tisch für Müllvermeidung, wo erstmals alle Akteure der Abfallwirtschaft nach einvernehmlichen Lösungen suchten. Manchmal hingegen musste der BUND auf Konfrontation setzen, etwa als er 1997 gegen die Loveparade im Tiergarten juristisch vorging. Die Klage wurde zwar nicht zugelassen, brachte dem Problem „Müll bei Großveranstaltungen“ aber enorme Aufmerksamkeit.

Solarkampagne, Steuerreform, Schornsteinfeger

Auch die BUND-Aktiven, die sich mit der Energiepolitik auseinandersetzten, entwickelten sich im Lauf der Neunziger zu ausgewiesenen Fachleuten auf ihrem Gebiet. Das in den Achtzigern alles überstrahlende Thema Atomkraft verschwand zwar nie – so erreichte der BUND 1999, dass Berlin für die landeseigenen Liegenschaften nur noch atomfreien Strom bezog –, doch eine andere Frage schob sich immer weiter in den Vordergrund: Wie lässt sich der CO₂-Ausstoß reduzieren, die globale Erhitzung stoppen? Zufällig fand in Berlin 1995 die erste UN-Klimakonferenz statt und selten bekam der BUND mehr Aufmerksamkeit für seine Kritik an der dürftigen Klimabilanz auf Berliner Landesebene.

Die Bandbreite der Energie- und Klimaschutzpolitik im BUND Berlin spiegelten die zwei Arbeitskreise der Neunziger: AK Solarenergie und Ökologische Steuerreform. Der Regierungswechsel auf Bundesebene zu Rot-Grün

BUND-Aktive erklären Solarenergie (1999)



1998 brachte mit der Ökosteuer auf Mineralöl zugunsten des Rentensystems und mit dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz in beiden Bereichen Fortschritte, wenn auch recht zaghafte. Um der Energiewende an der Basis mehr Schwung zu verleihen, tourten bei der Berliner Solarkampagne 1999–2001 in den Sommermonaten BUND-Berater*innen durch die Bezirke, um Einfamilienhausbesitzende über Technik und Förderquellen der Photovoltaik zu informieren.

Mit Schornsteinfegern auf dem Dach der Crellestraße 35 (2003)



Als zur Jahrtausendwende deutlich wurde, dass Rot-Grün dem damaligen neoliberalen Zeitgeist folgend im Klimaschutz auf staatliche Lenkung weitgehend verzichtete, begann der BUND verstärkt mit der Wirtschaft zu reden, die nun offensichtlich das Sagen hatte. Beziehungsweise mit ihrem aufgeschlossenen Teil. Der Berliner Landesverband kooperierte mit einem Ökostromanbieter, brachte Fotovoltaik auf das Dach der taz, spannte den Schornsteinfegerverband für eine Energiesparkkampagne ein, webte mit RE-NEXT ein Netzwerk exportorientierter Unternehmen aus der Erneuerbaren-Energien-Branche – und startete 2001 des älteste heute noch laufende Projekt: das Gütesiegel „Energie sparendes Krankenhaus“. Seither zeichnete der BUND bundesweit 47 Einrichtungen aus, das sind 2,3 Prozent aller Krankenhäuser.

Ausbildung von türkisch- und arabischsprachigen Frauen zu Energieberaterinnen (2008)



Effizienz ist gut, Suffizienz ist besser

Je deutlicher sich Klimakatastrophe und Plastikvermüllung abzeichneten, desto klarer wurde, dass der BUND seine Energie- und Abfallpolitik um eine weitere Dimension erweitern musste: die Lebensstilwende. Ging es bei der Haushaltsberatung „Berliner Energiecheck“ (seit 2008) und „Berliner Abfallcheck“ (seit 2010) noch um bares Geld, das mit effizienter Energienutzung und korrekter Mülltrennung gespart werden konnte, so trat im Lauf der Zehnerjahre immer stärker das Konzept Zero Waste in den Vordergrund: Neue Konsummuster sollen dafür sorgen, dass Überflüssiges erst gar nicht produziert wird. Zero Waste, also null Verschwendung, bedeutet nicht nur Abfall zu sparen, sondern auch die zur Produktion eingesetzte Energie. Deshalb wurde der BUND Gastgeber eines Repair-Cafés, organisierte Näh-Partys, stellte einen Fair-Teiler auf (öffentlich zugänglicher Kühlschrank zum Teilen von Lebensmitteln) und etablierte mit remap-berlin.de ein Verzeichnis relevanter Orte Berlins, an denen es um das Teilen, Verschenken, Reparieren und unverpackt einkaufen geht.

Repair-Café in der Landesgeschäftsstelle 2020



Energiesparen ist längst kein Thema mehr nur für Menschen mit wenig Geld. Sehr viele fragen sich: Wie viel Klimaschutz kann ich im Alltag leisten, wie viel CO₂ emittiert mein Lebensstil, wie kann ich persönlich Engagement und konkrete Aktion verbinden? Lebensstil und Klimaschutz gehen beim BUND eine produktive Liaison in den verschiedensten Projekten ein: Clubtopia, Tschüss Plastik, Mehrwegberatung für Neuköllner Markthändler*innen und seit 2015 auch beim jährlichen Klimatag. Auf dieser vom BUND organisierten Veranstaltung präsentieren sich Gruppen aus der Zivilgesellschaft, die für Kohleausstieg, Energiewende, Zero Waste und generell suffizientes Leben werben.

Das bedeutet aber keineswegs, die Verantwortung für die globale Erhitzung auf die einzelnen Menschen abzuwälzen: Gemäß dem Motto „Kohle nur noch zum Grillen“ macht der BUND weiterhin Druck für den Ausstieg aus den fossilen Energien, etwa 2016 mit der Bootsdemo vor dem Kraftwerk Klingenberg, das wenig später den Betrieb einstellte. Ein weiterer Erfolg war die Selbstverpflichtung des rot-rot-grünen Senats zum Leitbild Zero Waste. Auch das Gebrauchtgüterkaufhaus „Noch Mall“ in Reinickendorf und die Re-Use-Initiative zur Stärkung von Second-Hand-Produkten gäben es ohne die jahrelange BUND-Lobbyarbeit so nicht. Weniger gut ist hingegen, dass der BUND seit 2014 um den Erhalt der Altglastonnen kämpfen muss. Ihr Verlust wäre aus Klimasicht ein herber Rückschlag. Und ganz grundsätzlich muss leider vermerkt werden, dass das Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm von 2017, das passagenweise die Handschrift des BUND trägt, nur schleppend umgesetzt wird.

Beraterin des BUND-Projekts Berliner Abfallcheck bei einem Hausbesuch 2012



Wie wenig sich auf politischer Ebene Abfall- und Energiepolitik voneinander trennen lassen, zeigt das Beispiel Bioabfälle. Nur dank beharrlich vorgebrachter detaillierter Einwendungen des BUND führte das Genehmigungsverfahren der BSR-Biogasanlage in Ruhleben dazu, dass die 2013 gebaute Anlage dem Stand der Technik in Sachen Klima- und Ressourcenschutz entsprach. Kaum war die optimierte Biogasanlage in Betrieb, stellte sich heraus, dass die BSR die flächendeckende Sammlung von Bioabfällen hintertrieb. Die ist seit 2015 gesetzlich vorgeschrieben, doch erst beharrlicher politischer Druck unter anderem des BUND brachte die BSR 2019 dazu, die

Biotonnen berlinweit aufzustellen – begleitet von einer völlig unzureichenden Information der Bürger*innen. Auch weiterhin bleibt Druck nötig, um Senat und BSR zum Bau einer zweiten emissionsarmen, klimaschonenden Biogasanlage zu bringen. Warum dieser Aufwand? Einerseits geht es darum, Stickstoff und Phosphat als Gärreste für die Landwirtschaft zu retten, statt sie in der Müllverbrennungsanlage dem Rohstoffkreislauf zu entziehen. Andererseits stellt das Verbrennen von Biogas eine relativ klimafreundliche Energieerzeugung dar, vorausgesetzt es entweicht kein Methan aus der Anlage. Doch wie wenig der Zusammenhang von Abfall und

Energie bislang beachtet wurde, zeigte sich 2020 bei der Machbarkeitsstudie, die Vattenfall und Senat zur künftigen Wärmeversorgung Berlins veröffentlichten: Die „thermische Verwertung“ von Restmüll galt dort als klimaneutral – ungeachtet der Tatsache, dass ein wesentlicher Teil des CO₂-Ausstoßes bei der Müllverbrennung aus fossilen Quellen, vor allem Kunststoff, stammen. Hätte nicht der BUND darauf aufmerksam gemacht, wäre dieses Greenwashing von Müllverbrennung unwidersprochen geblieben.

Immer mehr Menschen gehen in den Zehnerjahren für mehr Klimaschutz auf die Straße:
Klimastreik September 2019



KLIMA- UND RESSOURCENSCHUTZ



Ende November 2019 geht die BUNDjugend in der Spree baden – zusammen mit dem mickrigen „Klimapaket“ der schwarz-roten Bundesregierung



DIE DREI GROSSEN W

Wasser, Wald und Wildnis haben seit den Achtzigerjahren die Naturschutzarbeit des BUND Berlin bestimmt.

Für die Naturschützer*innen, die sich Anfang der Achtzigerjahre unter dem Dach des eben erst gegründeten BUND Berlin zusammenfanden, gehörte der Erhalt des Waldes zu den wichtigsten Anliegen. Damit waren sie nicht allein, schließlich traten zu dieser Zeit die Schäden durch Luftverschmutzung („saurer Regen“) überall so deutlich zu Tage, dass man europaweit von einem Waldsterben sprach. In der eingemauerten Halbstadt West-Berlin hatte der Wald allerdings seine ganz besondere Bedeutung, nicht nur als Trinkwasserreservoir, sondern vor allem als einziger kurzfristig erreichbarer Naturerlebnisraum für gut zwei Millionen Menschen. Als solcher war der Wald durch die verschiedensten Aktivitäten bedroht: Im Düppeler Forst auf der Wannseeinsel betrieb die BSR eine Mülldeponie, im Grunewald lagerte die US-Armee Munition und veranstaltete Schießübungen, auf dem Teufelsberg thronte eine Abhörstation, über die Havelchaussee knatterte der Wochenendausflugsverkehr, durch den Tegeler Forst plante der Senat die Autobahn in Richtung Hamburg und im Spandauer Forst ein Kohlekraftwerk und Hochspannungsleitungen.

Die drei letztgenannten Projekte waren Gegenstand von unterschiedlich erfolgreichen juristischen Auseinandersetzungen. Das Kraftwerk im Wald stoppte das Oberverwaltungsgericht 1977 aufgrund einer Klage von später im BUND aktiven Naturschützer*innen. Bei seiner Klage gegen die Autobahn 1985 ging der BUND erstmals gegen den Berliner Senat juristisch vor und erreichte, dass das Verkehrsprojekt etwas kleiner realisiert wurde. Den Bau der waldzerstörerischen Stromtrasse konnte der BUND 1992 nur verzögern, aber nicht verhindern. Doch der BUND engagierte sich nicht nur für den Walderhalt, sondern auch für eine ökologisch ausgerichtete Bewirtschaftung der Berliner Wälder. Nach jahrelanger Lobbyarbeit konnte der Senat 2001 endlich überzeugt werden, die

landeseigenen Wälder nach Naturland- und FSC-Kriterien zertifizieren zu lassen. Dieses regelmäßig überprüfte Siegel stellt besondere Anforderungen an die nachhaltige forstliche Nutzung und verlangt unter anderem den Erhalt des für den Artenschutz so wichtigen Totholzes und den Nutzungsverzicht auf zehn Prozent der Fläche.

Dauerbrenner Flächenschutz

Abseits der Wälder, die durch den Dauerwaldvertrag von 1915 zwar keinen rechtlichen, aber doch einen ideellen Schutzstatus genießen, war das Berliner Stadtgrün allerdings nie vor Zerstörung sicher. Wiesen, Felder, Kleingärten, Straßenbäume, Ufer und als „Brachen“ verunglimpft Wildnisinseln waren und sind den Behörden im Zweifelsfall weniger wert als Straßen, Parkplätze, Häuser und Steganlagen. Und dies schon lang vor dem Bauboom der Zehnerjahre. 1988 trieb der BUND die „Initiative für einen grünen Flächennutzungsplan“ voran, die 330.000 Berliner*innen mit ihrer Unterschrift unterstützten. Ihre zentrale Forderung, grüne Flächen unter einen dauerhaften Schutz zu stellen, könnte sich nun über 30 Jahre später erfüllen – mit der vom BUND initiierten „Charta für das Berliner Stadtgrün“, einer Selbstverpflichtung des Landes Berlin zum Erhalt der grünen Infrastruktur in der Hauptstadt.

In der Zwischenzeit setzte sich der BUND für den Schutz vieler einzelner grüner Flächen der verschiedensten Größenordnungen ein. 1989 verhinderte er den Bau einer Steganlage am Riemeisterfenn im Grunewald, 1997 stoppte er mit einer Klage einen Straßenbau in der Tempelhofer Lüdecke-Siedlung, der seltene Schmetterlingsarten bedroht hatte, 2015 rettete er 90 Bäume des „Crelleurwalds“ im Schöneberger Bahngraben der S1, 2014 gehörte er zu den Organisatoren des Volkent-



Macht der Straßen- und Eisenbahntunnel den Bäumen im Tiergarten den Garaus? BUND-Aktion 1995

scheids, der der von SPD und CDU forcierten Bebauung des Tempelhofer Felds einen Riegel vorschob. Wie viel Grünzerstörung durch olympische Sportbauten können wir verhindern? Dieser Herausforderung konnte sich der BUND zu Beginn der Neunziger stellen, bis Berlin 1993 mit einem mittelmäßigen vierten Platz aus dem Rennen der Austragungsorte für die Olympischen Spiele 2000 ausschied. Für das Mega-Sportevent wollten die Planer*innen Teile des Grunewalds opfern. Eine mögliche Bewerbung Berlins für 2024 diskutierte die Stadtgesellschaft 20 Jahre später nur sehr kurz; angesichts der wachsenden Flächenkonkurrenz zwischen Wohnen und Stadtnatur wäre es eine spannende Auseinandersetzung über die Frage geworden, wie Olympische Spiele ohne einen Quadratmeter neue Versiegelung hätten organisiert werden können.

Auch auf die Pflege kommt es an

Grüne Flächen zu bewahren, bedeutete für den BUND nie allein, das Bauen zu verhindern und Wildnis zu bewahren. Auch für den Erhalt von Kulturlandschaften setzt sich der BUND ein – und für deren richtige Pflege. 1994 ergab sich die Gelegenheit, vor den Toren der Stadt in Stahnsdorf eine Streuobstwiese zu pachten. Die war als solche damals allerdings kaum mehr zu erkennen, hatte der volkseigene Obstbaubetrieb die Fläche doch schon lange vor der Wende aufgegeben. Inzwischen wachsen auf der von Robinien gesäumten rund fünf Hektar großen Wiese mit Goldparmäne, Zuccalmaglios Renette, Landsberger Renette, Ontario und Prinz Albrecht von Preußen vor allem wieder alte Apfelsorten. Dank reichlich Totholz und extensiver Beweidung durch Schafe ist das Gelände wieder so artenreich geworden, wie es sich für eine klassische Streuobstwiese gehört. Durch alten Obstbaumbestand und viele junge Hochstämme hat sich inzwischen eine gesunde Altersmischung entwickelt. Durch geeignete Zäune um die Schafsweidungen ist das Areal auch ein Vorzeigeprojekt für Weidetierschutz und für die Akzeptanz des Wolfs in der Region geworden. Seit mittlerweile 25 Jahren findet dort Umweltbildung für Schulklassen und Kitagruppen statt – eine Gelegenheit, Natur mit allen Sinnen zu erfahren. Das Projekt hat einen erfreulichen kulinarischen Nebeneffekt: Seit Mitte der Zehnerjahre stellt der BUND Apfelsaft und Honig von der Stahnsdorfer Streuobstwiese her.

Seit 1994 ist der BUND Pächter der Streuobstwiese in Stahnsdorf

Einen ganz eigenen Landschaftstyp pflegt der BUND auf der Lichterfelder Weidelandschaft. Auf dem früheren amerikanischen Truppenübungsplatz Parks Range wurde seit Anfang der Neunziger etwas entwickelt, das den zuweilen arg überstrapazierten Begriff „Hotspot der Artenvielfalt“ tatsächlich für sich beanspruchen darf. Dies betrifft vor allem die große Zahl gefährdeter und seltener Pflanzen und die daraus resultierenden einmalige Vielfalt von Insekten wie Wildbienen, Rüsselkäfern, Wanzen, Schmetterlinge und so weiter. Dass hier ein kleinteiliges und blütenreiches Mosaik verschiedenster Biotope entstand, ist einer aktiven Naturschützerin zu verdanken, die mit gezielter Beweidung durch Pferde und händische Arbeit diese Vielfalt entwickelte. Die Pflanzen, von denen etliche auf den „Roten Listen“ stehen, wurden nicht gesät oder gepflanzt, sondern siedelten sich hier selbst an, weil sie günstige Voraussetzungen vorfanden, und die



vielen Tierarten folgten ihnen. Seit 2012 unterstützt der BUND aktiv den Erhalt der durch Bebauung bedrohten Lichterfelder Weidelandschaft. Für diese Arbeit gründete der BUND Anfang 2021 eine gemeinnützige GmbH. Diese soll später auch die angrenzende Fläche in Brandenburg pflegen, die der Eigentümer des Geländes als Ausgleich für die nach Auffassung des BUND völlig überdimensionierte Bebauung an den Rändern der ehemaligen Parks Range zur Verfügung stellen muss. Außerdem will die Landschaftspflege-Manufaktur gGmbH exemplarisch auf ausgewählten Flächen deutlich machen, wie Landschaftspflege aussehen muss, um die Biodiversität effektiv und langfristig zu erhöhen.

Weidelandschaft Lichterfelde mit Pferden als Landschaftspflegern



Sparpolitik gefährdet Stadtnatur

Während es bei Projekten wie Streuobstwiese und Weidelandschaft um langfristige ökologische Verbesserung geht, musste der BUND Berlin in seiner 40-jährigen Naturschutzarbeit immer wieder kurzfristige Reparatur- und Rettungsjobs übernehmen. Bestes Beispiel dafür sind die Straßenbäume. Eingeklemmt in engen Baumscheiben, Abgasen, Streusalz und Hundeurin ausgesetzt, von Bauarbeiten an Straßen und Leitungen beschädigt, haben sie es ohnehin nicht leicht in der Stadt. Als im Juli 2002 ein Orkan mehr als 11.000 Bäume, darunter 7.000 Straßenbäume entwurzelte, war angesichts der katastrophalen Haushaltslage – erst ein Jahr zuvor war der langjährige Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) über den Bankenskandal gestürzt, der dem Land neue Schulden in Milliardenhöhe einbrachte – schnell klar, dass die öffentliche Hand den Schaden nicht allein beheben konnte. Mithilfe eines Radiosenders sammelte der BUND in wenigen Wochen 30.000 Euro Spenden, um die Bezirksämter bei der Nachpflanzung von Straßenbäumen zu unterstützen. Auch in den folgenden Jahren lief die Spendenkampagne „Bäume für Berlin“ weiter, 2007 konnte der tausendste Baum gepflanzt werden.

Wenn Bäume aus dem Stadtbild verschwinden, hat dies aber nicht immer mit Stürmen oder den oben genannten Stressfaktoren zu tun. In einigen Bezirksämtern gibt es immer noch die schlechte Angewohnheit, alte, aber gesunde Bäume vorsorglich zu fällen, weil sie langsam in das Alter kommen, in dem teure Pflegemaßnahmen nötig werden. Und nicht selten sind Bäume privaten oder öffentlichen Bauvorhaben im Weg. Nicht zufällig richtete der BUND zu Zeiten des Baubooms in den Zehnerjahren ein eigenes Baumreferat in der Landesgeschäftsstelle ein, das sich zur Anlaufstation für hunderte Berliner*innen entwickelte, die von Baumfällungen oder unsachgemäßer

Baumpflege in ihrer Nachbarschaft beunruhigt waren. Mit fortschreitendem Klimawandel kam Ende der Zehnerjahre eine weitere Aufgabe auf die Baumfachleute zu, nun galt es, in den sich häufenden Dürresommern Gießgruppen für die Berliner Straßenbäume zu organisieren.

Baumpflanzung Pacelliallee 2002



Insekten, Vögel, Biber

Apropos Rettungsarbeiten: Auch für das lebende Inventar der Stadtnatur, die Wildtiere, hat sich der BUND starkgemacht. Etwa für Insekten, zu deren Schutz Konzepte zur Lichtökologie erarbeitet wurden, für Fledermäuse, um deren Quartiere prozessiert wurde, und natürlich für Vögel. 1997 rief der BUND zum ersten Mal dazu auf, Brutstätten von Mauerseglern zu melden. Berliner*innen meldeten daraufhin fast 500 unbekannte Brutstätten, von denen viele gerettet werden konnten. Weil aber dennoch viele Niststellen bei Arbeiten an den Fassaden verloren gingen, verkaufte der BUNDLäden in den Nullerjahren Nistkästen für Mauersegler und andere Gebäudebrüter. Ein weiteres Problem für die Berliner Vogelwelt stellen Glasfassaden dar, neben den gängigen Arten der Stadtvögel verenden auch seltene Arten wie etwa die Waldschnepfe nach Kollisionen mit Fensterfronten; die Senatsumweltverwaltung schätzt die Zahl der jährlich tödlich verunglückten Vögel auf vier Millionen. Hartnäckig halten sich die falschen Annahmen, Greifvogelsilhouetten und UV-Licht-reflektierende Fensterbeschichtungen könnten Vogelschlag verhindern. Deshalb betreibt der BUND seit Beginn der Zehnerjahre verstärkt Aufklärungsarbeit, schließlich schaffen allein sichtbare Muster auf Glasflächen Abhilfe. Erfolge gab es an prominenten Stellen: Für den 2016 abgeschlossenen Wettbewerb zum Bau des Museums des 20. Jahrhunderts machte die Jury Präventivmaßnahmen zum Vogelschutz verpflichtend. Im gleichen Jahr ließ das Bundesforschungsministerium nach Beratung durch den BUND seine verglasten Innenhöfe mit Folien bekleben, nachdem dort immer wieder tote Vögel gefunden worden waren.

Unter den wildlebenden Säugetieren nahm für den BUND der Biber immer eine besondere Stellung ein. Ließe man ihn seine Umwelt so umgestalten, wie es seine Natur ist, so könnte der BUND seine flusspolitische Arbeit getrost einstellen. Das größte europäische Nagetier renaturiert Flüsse und Bäche, seine Dämme bringen Abwechslung in die Gewässerlandschaft: Flachwasserzonen, aufgestaute tiefere Bereiche, aufgewirbeltes und damit sauerstoffreicheres Wasser dank gefälltten Bäumen. Wo Biber leben, steigt insgesamt die Artenvielfalt. Nach der Wende plante der BUND, im Müggelsee Biber auszusetzen. Dafür bekam er allerdings keine Genehmigung. Glücklicherweise. Denn 1994 kam der Castor fiber, der abgesehen von einem kleinen Gebiet an der Elbe in Mitteleuropa komplett ausgerottet war, von allein nach Berlin zurück – und das obwohl die Berliner Gewässer alles andere als biberfreundlich sind. Zwar bildet die Mühlendamm-schleuse immer noch ein überwindbares Hindernis für die Ost- und Westpopulation des Berliner Bibers, dennoch wagen sich die Tiere immer weiter in die innerstädtischen Bereiche vor. Seit seiner Gründung setzt sich der BUND dafür ein, die wenigen naturnahen Ufer nicht nur für Biber, sondern auch für erholungssuchende Menschen in einer Breite von mindestens 20 Metern zu bewahren. Das bedeutet: kein Luxuswohnungsbau mehr am Wasser! Außerdem brauchen Biber Rastplätze an solchen Gewässern, die zwar nicht als Biberrevier taugen, aber als Durchgangsstrecke dienen.



Ab 1997 schaltete der BUND die Mauersegler-Hotline, etliche bedrohte Brutstätten wurden gerettet



Lebensrettendes Muster: Nach BUND-Beratung gestaltete das Bundesforschungsministerium 2016 seine Glasfassaden vogelfreundlich

Die Schiffe den Flüssen anpassen, nicht umgekehrt

Die Rückkehr der Biber fiel zufällig in die Zeit, als völlig überdimensionierte Wasserstraßenbaupläne den Widerstand der Naturschutzverbände forderten. Für den „Aufbau Ost“ beschloss die Bundesregierung mit dem „Verkehrsprojekt Deutsche Einheit Nr. 17“ (VDE 17) den Ausbau der Wasserverbindung zwischen Wolfsburg und Berlin für den Gütertransport samt kreuzungsfreier Überquerung der Elbe und großflächigem Ausbau der unteren Havel. Der BUND nahm die Herausforderung an und gründete mit über 30 anderen Vereinen das „Aktionsbündnis gegen den Havelausbau“. Gänzlich gestoppt werden konnte VDE 17 nicht, doch mit vereinten Kräften gelang es das Projekt zu verzögern und erheblich abzuspecken. Um nur die größten Erfolge zu nennen: Das Deetzer Knie an der Havel zwischen Potsdam und Brandenburg wurde nicht durchstochen, die Schleuse Charlottenburg fiel kleiner aus, wodurch Spreemäander und Kleingärten erhalten blieben. Der BUND brachte das Land Berlin dazu, ein Hafenkonzert zu erstellen, aus dem hervorging, dass der Osthafen nicht mehr gebraucht wurde. Damit gab es auch keinen Grund mehr für die Südtrasse über den Teltowkanal, für die Baumfällungen am Kanalufer und teure Brückenanhebungen fällig geworden wären, möglicherweise auch bei der Glienicker Brücke unter Gefährdung des Weltkulturerbes der Potsdamer und Berliner Schlösser und Gärten. 2009 beschloss das Bundesverkehrsministerium, Havel und Spree nicht für den Begegnungsverkehr von Großmotorgüterschiffen auszubauen. Ein Vergleich vor dem Bundesverwaltungsgericht bewirkte, dass der Sacrow-Paretzer Kanal zwar tiefer, aber nicht breiter wurde.

Bei so viel flusspolitischer Kompetenz, die sich während der Neunziger beim BUND Berlin geballt hatte, lag es nahe, den Aktionsradius auszudehnen. So erkämpfte sich der Verband den Beobachterstatus bei der Internationalen Flusskommission zur Oder und zur Elbe. 2003 erreichte er, dass der Bundesverkehrswegeplan einen parallelen Ausbau von Oder und der Hohensaaten-Friedrichsthaler Wasserstraße (HoFriWa) ausschloss, womit die Arbeiten an der HoFriWa eingestellt und wertvolle Flächen im Totalreservat des Nationalparks Unteres Odertal gerettet wurden. Am Oderufer von Reitwein konnte das einzige westliche Ausbreitungsgebiet des Goldsteinbeißers gerettet werden. Bei dieser Arbeit kooperierte man nicht nur mit dem Brandenburger BUND, sondern mit über 30 Organisationen aus Deutschland, Polen und Tschechien im Bündnis „Zeit für die Oder“.

Kampagne gegen den Ausbau der Havel
für Großcontainerschiffe 2008



Durch den neuerlichen und nun hauptsächlich von polnischer Seite vorangetriebenen verkehrs- und umweltpolitisch unsinnigen Oderausbau bleibt Flusspolitik auch in den Zwanzigerjahren für den BUND wichtig. Allerdings schob sich im Lauf der Zehner ein anderes Problem in den Vordergrund: Wassermangel. Berlin war immer stolz auf seine autarke Versorgung mit Trinkwasser, nur die wenigsten Großstädte fördern ihr Trinkwasser auf eigenem Gebiet. Eine Erfolgsgeschichte? Nicht wirklich. Schon vor rund 100 Jahren begannen die Moore und Grunewaldseen auszutrocknen, weil das zur Millionenstadt gewachsene Berlin systematisch Wasser in den Wäldern aus dem Boden pumpte. In den Neunzigerjahren rief der BUND zum Wassersparen auf und wurde dafür ausgelacht; Wasser gehe nicht verloren, sondern bewege sich in einem ewigen Kreislauf, behaupteten die Wasserbetriebe. Mittlerweile ist das Wasserdefizit unübersehbar,

Werbung für eine saubere Spree: Modeschau
mit historischen Badeanzügen (2005)



Der grüne Faden



AK Wasser in Aktion (2017)

nicht nur weil Bevölkerungswachstum auf Dürresommer trifft. Steigende Temperaturen und Braunkohleförderung in der Lausitz sorgen für weniger Zufluss der Spree. Damit gerät das Versorgungskonzept in Gefahr; schließlich gewinnt Berlin sein Trinkwasser zu rund 70 Prozent aus Uferfiltrat. Zu allem Überfluss steigt seit 2013 im verbleibenden Spreewasser die Sulfatkonzentration, sodass zeitweise die Sulfatrichtwerte überschritten werden, auch das eine Folge der Braunkohleförderung. Was tun? Auf jeden Fall nicht die Förderung erhöhen, denn die lässt die Moore in den Berliner Wäldern völlig austrocknen.

Nachdem er jahrelang Senat und Wasserbetriebe auf das Problem hingewiesen hatte, reichte der BUND 2021 zusammen mit den anderen anerkannten Naturschutzverbänden eine Unterlassungsklage gegen den Senat ein, da die bisherige Förderpraxis FFH-Gebiete in Spandau, Friedrichshagen und Grunewald gefährdet. Zudem muss der Tagebau gestoppt und seine Betreiberin für die Schäden an Wasser und Wald haftbar gemacht werden. Die dahingehende BUND-Petition „Rettet unser Trinkwasser“ von 2017 unterstützten 25.000 Menschen.

Durch 40 Jahre Naturschutzarbeit des BUND Berlin zieht sich die Verteidigung des städtischen Grüns vor allerlei Bauprojekte als roter bzw. grüner Faden. Die Hoffnung, Verwaltung und Investor*innen kämen von allein zu der Einsicht, jetzt sei genug gebaut und versiegelt, wurde bislang immer enttäuscht. Mit fortschreitendem Flächenverbrauch droht Berlin seine Qualitäten als grüne Metropole zu verlieren und damit auch Voraussetzungen für das physische und psychische Wohlergehen der Menschen. Die Medizin hat diesen Zusammenhang längst erkannt – Politik und Stadtplanung leider noch nicht. Stadtnatur zu verteidigen heißt oft, aber nicht immer, naturzerstörerische Prozesse aufzuhalten. In den wirtschaftlich schwierigen Zeiten nach Wiedervereinigung und Bankenkrise wurde klar, dass auch finanziell schlecht ausgestattete Behörden (siehe Grünflächenämter) und auf Rendite angewiesene landeseigene Betriebe (siehe Wasserbetriebe) die Qualität der Stadtnatur gefährden.

Wieso eigentlich das Bemühen um Stadtnatur? Zu Mauerzeiten gab es nun mal keine Alternative zum Naturerleben im Stadtgebiet. Nach der Wiedervereinigung zeigte sich, dass die mosaikartigen Wildnisinseln der Stadt in vielen Fällen artenreicher waren als das Berliner Umland mit seiner industrialisierten Landwirtschaft. Urbane Gegenden haben mehr Bedeutung für den Erhalt der Biodiversität, als man zunächst vermuten würde. Es war und ist der Anspruch des BUND, diese Artenvielfalt nicht nur zu erhalten, sondern auch zu vergrößern und für die Berliner*innen erlebbar zu machen, sodass sie ihre Verantwortung als Wähler*innen und Konsument*innen wahrnehmen können.



Power Shift

TTIP stoppen!

TTIP stoppen!
Hormonfleisch?
Nix für uns!

TTIP stoppen!
Hormonfleisch?
Nix für uns!

TTIP stoppen!

www.bund.net/ttip

BUND
FÖRDERER DER FREIHEIT

DER BUND IN DER GESELLSCHAFT

KRITISIEREN, KOOPERIEREN, VERKLAGEN, VERBESSERN

Über das Verhältnis des BUND zum Staat und zu anderen politischen Akteuren

Irgendwas läuft gewaltig schief und es ist Zeit, etwas dagegen zu unternehmen. Dieses Gefühl teilten die Gründungsmitglieder des BUND Berlin mit vielen Menschen im West-Berlin der frühen Achtzigerjahre. Nicht, dass man in den Siebzigern unpolitisch gewesen wäre, aber im Gefolge der Friedens- und der Anti-Atom-Bewegung veränderte sich die Parteienlandschaft. Neben Dutzenden untereinander verfeindeter K-Gruppen gab es mit der Alternativen Liste nun eine politische Kraft, die die Forderungen der Alternativbewegung im parlamentarischen Raum artikulierte. Gleichzeitig gründete sich mit der „taz“ schon 1978 eine Tageszeitung, die auch für die Themen der Umweltbewegung eine Gegenöffentlichkeit schaffen wollte und in der ab November 1980 praktischerweise ein täglicher Berlin-Teil erschien.

Mit der Gründung des BUND Berlin Ende 1980 war immer der Anspruch verbunden, das System von innen zu verändern, was nicht uneingeschränkter Konsens in den unterschiedlichen Alternativmilieus zwischen Bioladenkollektiven und Hausbesetzerszene war. Die Aktiven vom BUND jedoch wussten von Anfang an die Vorteile zu nutzen, die die Organisation als Verein mit sich brachte. Seit 1981 ist der Berliner Landesverband als Naturschutzverband anerkannt und muss gemäß § 29 Bundesnaturschutzgesetz bei Planungsverfahren angehört werden. Ebenfalls seit 1981 ist der BUND Mitglied in der Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Naturschutz (BLN), in der sich die „§-29-Verbände“ zusammengeschlossen haben.

Wie viele Stellungnahmen der BUND Berlin in vier Jahrzehnten geschrieben hat, lässt sich heute unmöglich feststellen, es wird wohl eine mittlere dreistellige Zahl sein. Selbstverständlich nahm der Verband nicht nur Stellung, wenn seine Anhörung gesetzlich gefordert, sondern auch dann, wenn es aus seiner Sicht sachlich geboten war. Von Abfallwirtschaftskonzept über Lärmaktionsplan bis Wassergesetz – wann immer Senatsverwaltungen und Abgeordnetenhaus über Pläne und Gesetze berieten, konnten sie sich auf inhaltlichen Input des BUND verlassen. Wort für Wort kamen die Verbesserungsvorschläge selten durch, doch den einen oder anderen Erfolg gab es durchaus zu vermelden. 1988 erreichte der AK Wasser Nachbesserungen am Berliner Wassergesetz, 1990 beschloss das Abgeordnetenhaus auf BUND-Anregung ein neues Naturschutzgesetz, das größere Beteiligungsrechte der Verbände brachte. 1992 lobbyierte der AK Ökologisches Gärtnern dafür, dass in Gärten Pflanzenschutzmitteln nicht mehr eingesetzt und Gartenabfälle nicht mehr verbrannt werden dürfen. In das Landesabfallgesetz von 1993 konnte der BUND die Regelung einbringen, nach der Unternehmen betriebliche Abfallwirtschaftskonzepte erstellen müssen.



Besser machen: BUND überreicht Bezirksstadträtin Fahrradkonzept für Mitte (2004)



Protestfaxe gegen französische Atomtests in Mururoa 1994 am Kudamm

DER BUND IN DER GESELLSCHAFT

Wenn der Souverän gefragt ist

Durch all diese Stellungnahmen und Einwendungen erwarb der BUND auf allen von ihm beachteten Feldern eine enorme Sachkunde. Nur mit diesem Wissen wurde und wird der BUND als Lobby für die Natur ernstgenommen, nur mit dieser Expertise gelingt es, Umweltthemen in der Öffentlichkeit zu verankern, nur so lässt sich Druck für eine ökologische Transformation aufbauen. So entwickelte sich der BUND zu einer Instanz der Umweltpolitik, die andere Akteure kaum umgehen können.

Als ein in bestimmten Fällen effektives Instrument zur Beförderung der Vereinsziele hat sich die Volksgesetzgebung erwiesen, die Kaskade von Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid. Die erste Unterschriftensammlung zwecks Gesetzesformulierungen organisierte der BUND 1998, um den Bau der Magnetschnellbahn „Transrapid“ von Berlin nach Hamburg zu verhindern:

Die Volksinitiative gegen den Transrapid war 1998 die erste Berliner Volksinitiative überhaupt



Statt der nötigen 20.000 Unterschriften kamen fast 136.000 zusammen. Das Abgeordnetenhaus lehnte die Volksinitiative 1999 zwar ab, ein Jahr später schob die rot-grüne Bundesregierung das verkehrspolitisch unsinnige Bahnprojekt aber aus Kostengründen aufs Abstellgleis. 2014 gelang dem BUND der große Wurf, als der Volksentscheid für den Erhalt des Tempelhofer Felds als Freifläche eine deutliche Mehrheit fand. Ein weiterer Meilenstein war das 2018 vom Abgeordnetenhaus verabschiedete Mobilitätsgesetz. Der BUND hatte großen Anteil daran, die als „Volksentscheid Fahrrad“ bekannt gewordene Volksinitiative zu einem Gesetzesentwurf umzuformulieren, der auch die Belange von ÖPNV und Fußverkehr berücksichtigt. Hier zeigte sich die Linie des BUND, andere Initiativen prinzipiell zu unterstützen, wenn die generelle Linie richtig ist, aber dennoch einen eigenen Standpunkt einzubringen.

Neben allem Bemühen, bessere Gesetze zum Schutz von Natur und Umwelt anzustreben, gilt es regelmäßig darauf zu achten, dass die schon bestehenden, meistens nicht allzu strengen Regeln eingehalten werden. Bezeichnenderweise richteten sich von den Dutzenden Klagen, die der BUND Berlin in 40 Jahren anstregte, kaum welche gegen Private, sondern fast alle gegen den Staat – es ist eine bittere, aber nicht ganz überraschende Erkenntnis, dass die Exekutive von Gerichten gezwungen werden muss, sich an die Gesetze zu halten.

Beim unsinnigen Volksentscheid über den Flughafen Tegel 2017 ergriff der BUND Partei für die lärmgeplagten Anwohner*innen



Kontrolle muss sein

Vor Gericht fungierte der BUND längst nicht nur als der sprichwörtliche „Anwalt der Natur“, sondern setzte sich häufig auch für die Interessen von Menschen ein. So unterstützte er beispielsweise Klagen von Anwohner*innen der Brückenstraße (2003) und der Berliner Allee (2016), um Maßnahmen zur Luftreinhaltung und zum Lärmschutz durchzusetzen – mit Erfolg. Ein wegweisendes Urteil erstritt der BUND 2015 im Streit um einen asphaltierten Rad- und Fußweg. Dieser war als Ausgleichsmaßnahme für gefälltete Bäume gedacht. Das Verwaltungsgericht stoppte nicht nur die geplanten Fällungen im Wannseebahngraben, sondern machte deutlich, dass nur Natur Natur ersetzen kann.

Weil man mit vereinten Kräften mehr erreicht, vernetzt sich der BUND mit anderen Nichtregierungsorganisationen. Zwischen den Umweltverbänden gibt es gelegentlich zwar unterschiedliche Auffassungen in Detailfragen, vor allem aber eine gut eingespielte Kooperation. Außerhalb der Ökoszene sind die verschiedensten gesellschaftlichen Akteure von Gewerkschaften über Kulturrat bis Kirchen Partner. Als Teil solcher breiten Bündnisse mobilisierte der BUND etwa zu Großdemonstrationen gegen die Handelsabkommen Ceta und TTIP.

Tag gegen Lärm 2004



Hin und wieder kam es zu unerwarteten Konstellationen. So etwa 2010, als der BUND zusammen mit Mieterverein und Industrie- und Handelskammer ein Stufenmodell für mehr Klimaschutz im Bauen und Wohnen vorstellte. Um Energiewende und Energiesparen voranzubringen, kooperierte der BUND in den Nullerjahren mit einem Stromversorger. Zur Ökologisierung des Agrarsektors arbeitete der BUND mit Landwirt*innen zusammen und organisierte ab 1993 einen wöchentlichen Markt für Bioprodukte in Pankow, den ersten in der östlichen Stadthälfte. 1997 stellte der BUND-Restaurantführer 45 Berliner Lokale vor, in denen Bio- oder Neuland-Fleisch auf den Tisch kam. Vor allem bei den Kooperationen mit Unternehmen und Wirtschaftsverbänden war allerdings immer politisches Feingefühl gefragt, schließlich wollte man sich nicht als ökologisches Feigenblatt vereinnahmen lassen. Aber wann genau ist das der Fall? Manchmal führte diese Frage zu innerverbandlichem Zwist. 1989 beispielsweise diskutierten die Aktiven lange, ob sie das Angebot eines großen Kaufhauses annehmen sollten, unter seinem Dach einen Infostand aufzubauen. Am Ende setzten sich die Gegner*innen jeglicher Wirtschaftskooperation durch.

Erster Ostberliner Ökomarkt in Pankow 1994



DER BUND IN DER GESELLSCHAFT

Unpolitisch geht nicht

Als Berliner Umweltverband konzentriert sich der BUND auf regionale Umweltthemen, in wichtigen gesamtgesellschaftlichen Fragen hat er sich jedoch stets positioniert: zum Beispiel 1993 gegen die Einschnitte beim Asylrecht, 2015 für ein Willkommenheißen von Geflüchteten. Immer wieder wandte er sich gegen Versuche, ökologische und soziale Fragen gegeneinander auszuspielen. Nachhaltigkeit beschränkt sich für den BUND nicht auf die Umweltdimension, sondern beinhaltet auch politische und soziale Teilhabe.

Anders als manch andere Umweltgruppen sah der BUND es nie als Problem, wenn sich seine Mitglieder parteipolitisch engagieren. Viel stärker als die Gefahr, die eigene Unabhängigkeit zu verlieren, wog stets die Chance, BUND-Positionen in Parteien und Parlamente zu bringen. Ein direkter Draht zu den Regierenden muss nicht schaden, wie das Beispiel der kurzlebigen ersten rot-grünen Koalition zeigte. Anfang 1989 bat die AL den BUND, den umweltpolitischen Teil für die Koalitionsverhandlungen mit der SPD zu formulieren. Ergebnis der Verhandlungen war das Aus für die geplante Müllverbrennungsanlage in Britz, die Sperrung der Havelchaussee für den Autoverkehr und ein paar Kilometer Busspuren. Das war zwar wenig im Vergleich zu dem, was der BUND seit Jahren forderte – aber viel mehr, als der vorherige und der folgende Senat unter CDU-Führung für die Umwelt tat. Auch die Bilanz der rot-rot-grünen Koalition 2016–2021 zeigt, dass der BUND längst nicht seine Arbeit einstellen kann, nur weil eine ihrem Selbstverständnis nach ökologische Partei an der Landesregierung beteiligt ist und die Senatorin für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz stellt.

Mit der Tomate des Schreckens gegen Gentechnik in der Landwirtschaft: vor dem Kanzleramt 2007





Umbraurauner Borstenscheibling

Der Rotbraune oder Umbraune Borstenscheibling (*Hymenoscypha rubiginosa*) ist eine Ständerpflanz aus der Familie der Borstenscheiblingsverwandten (*Hymenoscyphaceae*). Er bildet das ganze Jahr über Umbraune, tuftartige Fruchtskörper aus, die meist bevorzugt auf der Rinde von Eichen (*Quercus spp.*) wachsen. Sein Verbreitungsgebiet umfasst die meridionale bis gemäßigte Holarktis sowie Neuseeland.

[Inhaltsverzeichnis \(Anlagen\)](#)



DER PROFESSIONELLE MITMACHVEREIN

Wie sich der BUND seit 1980 organisatorisch entwickelt hat

Ob die nicht ganz 100 Gründungsmitglieder wohl geahnt hatten, dass ihr Verein 40 Jahre später über 11.000 Mitglieder und 6.000 Dauerspender*innen, 26 hauptamtlich Mitarbeitende in der Geschäftsstelle und einen Haushalt von 2,3 Millionen Euro haben würde? Ganz unmöglich ist es nicht, schließlich wuchs der BUND Berlin in seinen ersten Jahren beachtlich: 1986 waren es 500 Mitglieder, 1989 1.000 und 1990 bereits 1.500. In den Neunzigern flachte das Mitgliederwachstum ab, vor allem in den Ostbezirken traten weniger Menschen als erwartet dem Verein bei. Bei einer Befragung nannten potenzielle Mitglieder 1993 neben der wirtschaftlich schwierigen Situation als Hürde für den Eintritt eine schwach ausgeprägte Bereitschaft, sich an politische Organisationen zu binden. Darauf reagierte der BUND, indem er verstärkt um Fördermitglieder warb, also um Unterstützer*innen, die regelmäßig spenden und Infomaterial erhalten, aber keine Vereinsmitglieder sind. Allein im Jahr 1996 stieg ihre Zahl um fast 1.500, während die der regulären Mitglieder bei knapp über 2.300 verharrte. Dieser Trend setzte sich fort: 2004 standen den 2.700 Mitgliedern fast 11.000 Fördermitglieder gegenüber.

Die Konzentration auf die Werbung von Fördermitgliedern bot aus damaliger Sicht einen großen Vorteil: Während die Mitgliedsbeiträge nach einem festgelegten Schlüssel mit dem Bundesverband geteilt wurden, konnte der BUND Berlin über die Beiträge der Fördermitglieder allein verfügen. Diese wenig solidarische Praxis ist inzwischen Vergangenheit, längst wirbt der BUND Berlin ausschließlich um reguläre Mitglieder, die daher auch wieder die Mehrheit der BUND-Unterstützer*innen stellen.

Die wachsenden Mitgliederzahlen eröffneten neue Möglichkeiten. Hatten sich die Aktiven in den ersten Jahren noch im Aktionszentrum Umweltschutz am Theodor-Heuss-Platz getroffen und das Wohnzimmer des Vorsitzenden als Geschäftsstelle genutzt, so konnte der BUND 1987 ein eigenes Büro beziehen: ein Ladenlokal in der Moabiter Jagowstraße. In dem kleinen Raum arbeitete ab 1988 die erste BUND-Angestellte als Geschäftsführerin, während Ehrenamtliche diskutierten und Aktionen vorbereiteten und das 1989 angeschaffte Telefaxgerät die zeitgemäße Kommunikation mit der Außenwelt sicherstellte.

Umweltschutz als Beruf(ung)

1990 arbeiteten neben vielen Praktikant*innen bereits sechs Angestellte für den BUND, die meisten von ihnen finanziert durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen des Arbeitsamts. Ab 1991 wurden sie von Zivildienstleistenden unterstützt. Der BUND brauchte daher dringend mehr Platz, den er im Herbst 1990 in der Schöneberger Crellestraße fand. Von 1993 bis 1997 gab es zudem eine Zweigstelle in Mitte, die als Anlaufstation für Umwelt-engagierte aus der östlichen Stadthälfte und als Büro der „Bürgerinformationskampagne Umweltschutz“ diente. Sieben BUND-Angestellte leisteten hier Aufklärungsarbeit unter anderem über Chemie im Haushalt, Luftverschmutzung, Abfallvermeidung, Bio-Landbau und gesunde Ernährung. In der Geschäftsstelle Crellestraße arbeiteten zur gleichen Zeit zehn Kolleg*innen an Themen wie Umweltverträglichkeitsprüfungen, Ausgleichsmaßnahmen, Umweltbildung, Havel-Ausbau, Verkehrspolitik, Stadtentwicklung und Projekte wie „Grüngürtel für Berlin“, „Ökoführerschein“ und „Rucksack-Kita“.

Coal'n'Boat 2016 vor dem Kraftwerk Rummelsburg



BUND-ORGANISATIONSGESCHICHTE

Platz brauchte der BUND nicht nur für die Hauptamtlichen, deren Stellen spätestens seit Mitte der Nullerjahre nicht mehr vom Arbeitsamt, sondern durch Drittmittelprojekte oder Eigenmittel finanziert wurden, sondern auch für die Arbeitskreise. In deren Treffen wird seit jeher programmatisch die Richtung im Verband vorgegeben. Ganz grob lassen sich die Arbeitskreise in zwei Kategorien einteilen. Erstens diejenigen, die mit Umbenennungen und kurzen Unterbrechungen mehr oder weniger seit Anbeginn existieren: AK Verkehr (heute Mobilität), AK Wasser, AK Abfall, AK Artenschutz/Naturschutz (heute Stadtnatur), AK Energiepolitik (heute Klima und erneuerbare Energien). Zweitens diejenigen, die zwar nur temporär existierten, den BUND in ihrer

Zeit aber deutlich geprägt haben. Anfang der Neunziger waren das „Dritte Welt“/Tropenwald, Freizeit/Sport/Tourismus, Ernährung/Landwirtschaft, Umweltplanung, Umland, Ökologisches Gärtnern, Umweltpädagogik. Mitte der Neunziger trafen sich neben dem schon lange existierenden AK Wald die Arbeitskreise Gentechnik, Wirtschaft, Baikalsee und Gesundheit. Gegen Ende der Neunziger hießen die neuen Arbeitskreise Ökologisches Bauen, Transrapid und Ökologische Steuerreform. Im nächsten Jahrzehnt kamen Biotop- und Flächenschutz sowie BUND Interkulturell neu hinzu.

Praktische Arbeit

Welche Arbeitskreise sich gründen und was sie machen, ist weniger eine Entscheidung der Vorstände oder der Geschäftsstelle, sondern hängt weitgehend von den Ehrenamtlichen ab – vorausgesetzt natürlich, die Aktivitäten decken sich mit den Vereinszielen. Der BUND versteht sich eben als ein Mitmachverband, der Ehrenamtsarbeit ermöglicht und fördert. Ein Beispiel: Fachkundige Mitglieder äußern die Idee, die interessierte Öffentlichkeit im Herbst zum Thema selbstgesammelte Pilze zu beraten, dann findet sich alsbald eine kostenfreie Pilzsprechstunde im BUND-Veranstaltungsprogramm. Dieser wöchentliche Termine, zu dem Berliner*innen mit ihren zuvor gesammelten Pilzen pilgerten, ist nur eine der Aktivitäten des in den Zehnerjahren etablierten AK Pilzkunde und Ökologie, der auch Pilzexkursionen durch Parks und Wälder und Qualifizierungen zu Pilzsachverständigen organisierte.

Seminar Ökoführerschein Mitte der Neunziger



Pilzexkursion ins Brandenburgische 2017



Alternative Stadtführung „Schaustelle von unten“ am Potsdamer Platz Mitte der Neunziger



Neben den berlinweiten Arbeitskreisen, die in pandemiefreien Zeiten in der Landesgeschäftsstelle zusammenkommen, haben sich in den letzten 40 Jahren immer wieder örtliche BUND-Gruppen gebildet. In allen westlichen und in einigen östlichen Bezirken gab es schon Bezirksgruppen, doch als über Jahrzehnte beständig haben sich bislang nur die Gruppen Spandau und Südwest erwiesen. Beide Gruppen begleiten nicht nur das politische Geschehen auf lokaler Ebene, sondern stemmen die verschiedensten praktischen Naturschutzprojekte. So haben die Aktiven etwa naturnahe Gärten ausgezeichnet, Patenschaften für Naturdenkmale, Grünflächen und Biotope übernommen, das Kleistgrab am Wannensee naturnah instandgesetzt, Müll gesammelt, Nistkästen aufgehängt, Baumscheiben entsiegelt, Büsche gepflanzt, Bäume geschnitten und gewässert und vieles mehr. Auf eine ähnlich lange Liste der Aktivitäten kommen die Streuobstwiesen-Gruppe, die seit den Neunzigern das vom BUND gepachtete Gelände in Stahnsdorf bewirtschaftet, und die Freund*innen der Lichterfelder Weidelandschaft, die sich nun auch schon über ein Jahrzehnt um das ehemalige Militärareal an der südwestlichen Stadtgrenze kümmern.

Wenn ein BUND-Arbeitskreis aufhört zu existieren, bedeutet das nicht zwingend, dass die ihn tragenden Aktiven Besseres zu tun haben. Der AK Transrapid wurde durch Einsicht seitens der Bundesregierung überflüssig, während sich die türkischsprachige BUND-Gruppe Yeşil Çember (Grüner Kreis) von 2007 bis 2012 so gut entwickelte, dass sie seither als gemeinnützige GmbH unabhängig vom BUND arbeitet. Der AK Öffentlichkeitsarbeit dagegen konnte seinen Aufgaben mit dem Wachsen des Verbands in den Neunzigern an die Geschäftsstelle abgeben.

Gutes tun, aber nicht darüber reden, war nie eine Option für den BUND. Neben der bis heute üblichen Pressearbeit, die über die Jahre immer stärkeren Widerhall in den Medien fand, baute der BUND seit den Achtzigern weitere analoge Kommunikationskanäle auf: 1988 veröffentlichte der Verband das erste von vielen umfangreichen Seminarprogrammen; die Themen reichten von Abfall über Tourismus bis zum Backen mit Vollkornmehl. Acht Jahre später erschien das Seminarprogramm im Stadtmagazin „Zitty“ in einer Auflage von 100.000 Exemplaren. Ebenfalls große Reichweite erzielte der Kinospot „Rettet die Alleebäume“, der 1991 monatlang in etlichen Lichtspielhäusern lief.



Seit Ende der Zehnerjahre organisiert der BUND Gießgruppen für Straßenbäume

Drucken, preisen, posten

Die erste öffentliche Ausstellung des BUND war gleichzeitig die erste größere Aktion in Ostberlin: „Alptraum Auto“ 1990. 1991 dokumentierte „Sein oder Nichtsein“ Naturzerstörung, während „Ein Grüngürtel für Berlin“ von 1992 und „Mobil ohne Auto“ von 1997 positive Visionen formulierten. Als ein Ergebnis des Agenda-21-Prozesses fragte die Ausstellung „E-Mails aus der Zukunft“ von 2001, wie wir im Jahr 2042 leben werden. 1996 führte der BUND die alternative Stadtführung „Schaustelle von unten“ ein, die das Baugeschehen am Potsdamer Platz aus Umweltsicht beleuchtete. Hilfestellung zu einem halbwegs ressourcenschonenden Konsum leistete das 1998 erstmals erschienene „Grüne Branchenbuch“ für Berlin und Brandenburg mit 3.000 Adressen auf 320 Seiten. Ebenso auf praktischen Nutzen setzten die BUND-Stadtpläne: 2005 erschien der Fahrradstadtplan (erweiterte Neuauflagen 2010, 2013, 2016 und 2021) und 2008 die Wanderkarte „20 grüne Hauptwege“. Nicht zu vergessen das „Baumschlau Drehfix“ von 2007, mit dem sich spielend und in wenigen Schritten die 36 wichtigsten heimischen Baumarten bestimmen lassen.

Wie sich die technischen und finanziellen Möglichkeiten mit der Zeit änderten, lässt sich an der internen Kommunikation des BUND Berlin ablesen. In den Achtzigern erschienen die Jahresberichte in Schwarzweiß, ohne Bilder und in klassischer Schreibmaschinenoptik. Die Ausgabe 1990 wirkte daher wie eine kleine Revolution: Farbe auf dem Titelblatt! Ein im BUND-Grün gehaltener Frosch saß dort auf einem an eine Rakete erinnernden Bleistiftstummel. Ab 1994 fanden sich Fotos im Innenteil, erst schwarz-weiß, ab 2003 in Farbe. Im Jahr 2006 feierte der bewusst schlicht gehaltene Jahresbericht sein Comeback, allerdings nur als Miniaufgabe für die Teilnehmenden der Mitgliederversammlung. Denn inzwischen hatten die

BUND-ORGANISATIONSGESCHICHTE

BUND-Landesverbände von Berlin und Brandenburg mit der BUNDzeit eine gemeinsame Publikation entwickelt, die seither einerseits als ein dem bundesweiten Mitgliedermagazin beiliegendes Verbandsorgan und andererseits als eine an vielen Orten ausliegende Umweltzeitung für Berlin und Brandenburg fungiert.

Interne Rundbriefe wurden im Lauf der Jahre durch Newsletter ersetzt, immer mehr Kommunikation wanderte ins Internet. Seit 1996 ist der BUND Berlin im WWW zu finden, nach und nach füllte sich die Webpräsenz mit Inhalt. In den Nullerjahren bekamen die meisten BUND-Projekte eigene Websites, seit 2009 teilt der BUND Inhalte auf facebook, seit 2010 twittert er. 2016 erschienen die ersten Artikel auf dem BUND-Blog umweltzoneberlin.de, 2020 waren bei youtube erstmals vom BUND produzierte Filme zu sehen.

Der Umweltpreis 2009 ging in der Kategorie Kinder und Jugend an die Carl-Humann-Grundschule für den Aufbau einer Fahrradwerkstatt



Nach jahrelangem Ttrommeln in eigener Sache beschloss der BUND 2005, auch einmal Öffentlichkeitsarbeit für andere zu machen. Zehn Jahre in Folge vergab er nun den Berliner Umweltpreis. Mit ihm zeichnete er Initiativen und Unternehmen in den drei Kategorien Wirtschaft, Kinder und Jugend sowie Umweltengagement aus. Das eröffnete nicht nur die Möglichkeit, Umweltschutzaktivitäten zu ehren. Es ging auch um das Networking beim geselligen Beisammensein nach den Preisverleihungen, waren doch stets interessante Gesprächspartner*innen aus Berliner Politik, Wirtschaft und NGO-Szene der BUND-Einladung ins Rote Rathaus gefolgt. 2014 bat

der BUND den damaligen Hausherrn Klaus Wowereit, die Laudatio auf den Preisträger „100 % Tempelhofer Feld“ zu halten – ausgerechnet jene Initiative, die dem Regierenden Bürgermeister wenige Monate zuvor beim Volksentscheid zur Nichtbebauung des ehemaligen Flughafens zusammen mit dem BUND die schwerste Niederlage seiner Karriere beschert hatte. Als guter Verlierer drückte sich Wowereit nicht vor dieser unangenehmen Aufgabe, aber mit den Preisverleihungen im Rathaus und dem Sponsoring der Veranstaltung durch landeseigene Unternehmen war nach dieser Episode Schluss. Geselliger Höhepunkt des BUND-Jahres ist seitdem wieder die komplett selbst bezahlte Weihnachtsfeier von Geschäftsstelle, Ehrenamtlichen und BUNDjugend.

Trashmob der BUNDjugend 2018





FRÜHERE BUND-VORSITZENDE ERINNERN SICH **ANNETTE NAWRATH**

Vorsitzende 1993–1995

Was waren deine wesentlichen Ziele und Ideen für deine Arbeit im BUND?

Mein inhaltliches Interesse galt dem Bereich umweltverträgliche Freizeit, Sport und Tourismus. Das war zu Beginn der Neunzigerjahre ja auch mit dem wiedergewonnenen „Umland“ für die (West-)Berliner*innen ein Thema geworden. Es galt mitzuhelfen, die Naturschätze, die es in Brandenburg gab und gibt, zu erhalten. Aus Berliner Sicht ging es vor allem darum, den „Speckgürtel“ nicht ausufern zu lassen, sondern zu überlegen, wie wir (weiterhin) schonend mit Freiflächen umgehen – sozusagen als Lehre aus der vorher begrenzten Fläche West-Berlins. Wir haben damals den AK Freizeit, Sport, Tourismus gründet und mit der Broschüre „Golf kann jeden treffen“, auf deren Cover ein Golfball jemanden an den Kopf flog, Gemeinden in Brandenburg beraten und über umweltschonende und naturnahe Alternativen zu Golfplatz- und Marina-Planungen diskutiert.

Ein weiterer Punkt in diesem Bereich: mein Engagement zunächst für ein „grünes“ Olympia 2000 und dann – nachdem grüne Ideen mehr und mehr begraben wurden – gegen die Bewerbung von Berlin, vor allem aus Naturschutzperspektive. Strukturell war es mir als Vorstandsmitglied wichtig, den Landesverband finanziell unabhängig zu machen. Institutionelle Förderung und Abhängigkeit von Projektmitteln war keine Option. Außerdem lag mir die Förderung des Ehrenamtes am Herzen.

Was waren die Meilensteine deiner aktiven Zeit?

Ganz zu Beginn meiner Zeit als Ehrenamtliche beim BUND haben wir uns für die Verbesserung des Berliner Naturschutzgesetzes eingesetzt. Das war eine richtige Lobby-Aktion. Mit Unterstützung von jungen Rechtsanwälten haben wir einen Gesetzesentwurf entwickelt, Forderungen für eine Gesetzesänderung entwickelt und diese an die Politik herangetragen. Schließlich hatten wir Erfolg und – zumindest zeitweise – das beste Verbandsklagerecht der Ländernaturschutzgesetze. Große Kampagnen: Verhinderung von Olympia 2000, Volksentscheid zum Transrapid, Aktionen zur Love Parade im Tiergarten, Kampagne gegen den Tiergartentunnel (verloren, die Kampagne war aber gut!). Intern: Ein entscheidendes Ereignis war für mich natürlich die Kampf- abstimmung um den Vorsitz 1993, als ich gegen Klaus Polzin die Wahl gewonnen habe. Das war schon eine Richtungsentscheidung für den Landesverband und hat – denke ich – den Verein in der Folge professionell vorangebracht: Einstieg in das professionelle Fundraising mit der Fördererwerbung, der Berliner Landesverband wurde mit seinen Aktivitäten auch innerhalb des BUND immer stärker wahr- und ernstgenommen, die Öffentlichkeits- und Pressearbeit wurde professionalisiert.

Wie hast du Stimmung und Arbeitsweise im BUND Berlin erlebt? Was hat sich geändert, was ist gleichgeblieben?

In den 1990er Jahren gab es viele Diskussion im BUND, wohin sich der Verband entwickeln soll – Greenpeace mit seinen Aktionen war eben sehr viel häufiger in den Medien. Diese Diskussionen setzen sich auch im Landesverband fort. Wir haben innerverbandlich oft um den besten Weg gerungen. Es gab immer wieder Kontroversen mit einzelnen Mitgliedern, vor allem aus den Bezirken. Die Vorstandsarbeit hat mir immer viel Spaß gemacht, wir waren in unterschiedlicher Zusammensetzung immer wieder ein tolles Team, es wurde ernsthaft gearbeitet, in der Kneipe danach aber auch viel gelacht. Die zweite Frage kann ich nicht beantworten, da ich seit 2007 den BUND Berlin nur noch „von außen“ wahrnehme. Die Mitgliederversammlungen sind sehr friedlich und harmonisch – fast langweilig – geworden. Einige Hauptamtliche aus „meiner“ Zeit sind immer noch dabei. Der BUND scheint zumindest ein guter Arbeitgeber zu sein und offenbar ist die Arbeit dann doch nicht langweilig geworden.



HARALD KÄCHELE

Vorsitzender 1995 – 2007

Was waren deine wesentlichen Ziele und Ideen für deine Arbeit im BUND?

Schon während meines Agrarstudiums war es mir ein großes Anliegen, mich für die Belange des Umwelt- und Naturschutzes einzusetzen. Nach meinem Studium ergab sich die Chance, für zwei Jahre als Zivildienstleistender beim BUND in Niedersachsen zu arbeiten. Während dieser Zeit hatte ich die Gelegenheit, bei bundesweiten Treffen einige der prägenden Persönlichkeiten wie Annette Nawrath oder Stefan Bundscherer kennen und schätzen zu lernen. Der BUND Berlin war einer der progressivsten und dynamischsten Landesverbände und meine vorrangige Motivation für mein Engagement lag darin, aus einem noch recht kleinen Verein einen schlagkräftigen Verband zu entwickeln und dem Umwelt- und Naturschutz in der Stadt mehr Gehör zu verschaffen. Mein Interesse lag vor allem in der Entwicklung der Organisation, um möglichst vielen Menschen die Möglichkeit zu geben, sich in die politische Debatte um eine nachhaltige Zukunft in Berlin einzubringen.

Was waren die Meilensteine deiner aktiven Zeit?

In besonderer Erinnerung sind mir die Kämpfe, die wir um den Erhalt des Tiergartens zum einen mit den Veranstalter*innen der Loveparade und zum anderen mit der Verkehrsverwaltung bezüglich des Tunnelbaus gefochten haben. Ein weiterer Meilenstein, den wir jedoch vor allem dem Engagement von Annette Nawrath zu verdanken haben, war die nicht zuletzt durch unseren Einsatz gescheiterte Olympiabewerbung 2000. Aus Naturschutzsicht war die Verhinderung des geplanten Havelausbaus im Rahmen des Verkehrsprojekts Deutsche Einheit Nr. 17 von Bedeutung, die den BUND Berlin auch national zu einem sichtbaren Akteur im Fließgewässerschutz machte.

Wie hast du Stimmung und Arbeitsweise im BUND Berlin erlebt? Was hat sich geändert, was ist gleichgeblieben?

In diesem Zusammenhang erscheint mir der Professionalisierungsschub den der BUND durchlaufen hat, am bemerkenswertesten. Als ich 1993 in den Vorstand gewählt wurde hatten wir neben dem Geschäftsführer noch drei weitere Personen im Hauptamt. Auch viele Verwaltungsaufgaben mussten von den Ehrenamtlichen abgedeckt werden. Wir haben aber schnell gemerkt, dass man mit ehrenamtlichen Engagement in einer zunehmend komplexeren Welt nicht weit kommt und wir dringend den hauptamtlichen Teil zur Unterstützung unserer Arbeit auf- und ausbauen müssen. Dabei war uns das immer wichtig, ein besonderes Augenmerk auf eine kluge und kooperative Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamt zu achten. Ich habe den BUND durch alle Phasen hindurch als einen Ort erlebt, an dem ich mit klugen Menschen an einem gemeinsamen Ziel arbeiten konnte, und habe die vielen Stunden, die ich im Vorstand, in der Arbeitskreisen oder in der Geschäftsstelle verbracht habe, genossen und dabei auch viel Spaß gehabt. Letzteres scheint mir ein besonderer Schlüssel zum Erfolg: Die Themen, mit denen wir uns beschäftigen, sind häufig emotional sehr belastend. Ich hätte das alles nicht so lange und so intensiv machen können, wenn ich im BUND nicht Menschen um mich gehabt hätte, die das Ganze mit großem Spaß und einer guten Portion Humor flankiert hätten. Mit großer Freude denke ich dabei vor allem an meine Vorstandskolleg*innen aber auch an unsere tollen Mitarbeiter*innen in der Geschäftsstelle zurück.



CHRISTIAN ARNS

Vorsitzender 2008 – 2013

Was waren deine wesentlichen Ziele und Ideen für deine Arbeit im BUND?

Der Start war nicht gerade spektakulär: Natürlich wollte ich, wie wahrscheinlich alle, daran mitwirken, dass unsere Natur besser geschützt und unsere Umwelt gesünder und noch lebenswerter wird. So habe ich 1987 in meiner Heimatstadt Köln begonnen. Als ich nach Berlin kam, hatte ich BUND-Arbeit in zwei anderen Bundesländern auf dem Buckel und die seltsame Erfahrung gemacht, dass ich kenntnisreichere Aktive am besten dadurch unterstützen konnte, dass ich ihnen in Verbands- und Verfahrensdingen den Rücken freigehalten habe. Ein Ziel für meine Zeit als Berliner Landesvorsitzender hatte ich nicht, ich hatte den Posten ja gar nicht angestrebt, sondern bin als Stellvertreter da reingerutscht.

Was waren die Meilensteine deiner aktiven Zeit?

Der BUND-Berlin war im Wandel: Urgesteins-Oberboss Harald Kächele war seit einem Jahr nicht mehr da, Urgesteins-Alltags-Chef Stefan Bundscherer verschwand nach China und nahm die stets alles im Blick habende Annette Nawrath gleich mit. Es rumorte an allen Ecken und Enden. Da habe ich es als meine zentrale Aufgabe angesehen, das Ganze zusammenzuhalten, zu vermitteln, Gespräche zu führen, damit wieder der größte Teil des Engagements in die inhaltliche Arbeit floss. Als besondere Erfolge habe ich die klugen Kooperationen und strategischen Allianzen wahrgenommen, die geschmiedet wurden – und die thematische Vielfalt.

Wie hast du Stimmung und Arbeitsweise im BUND Berlin erlebt? Was hat sich geändert, was ist gleichgeblieben?

Der Berliner BUND ist im Grunde ein unglaublich moderner Verband: sehr politisch, sehr vielseitig, dabei mittendrin im tatsächlichen Leben der Menschen. Das hat mir von Beginn an gut gefallen, das finde ich beeindruckend. Das spiegelt sich in den Themen wider, in der Bandbreite dessen, was ehrenamtlich auf die Beine gestellt wird, aber auch deutlich bei den Kolleg*innen in der Geschäftsstelle. Die interne Stimmung habe ich manchmal schlechter erlebt, als ich es angemessen fand, weil sie von kleinen Misslichkeiten geprägt wurde. Dabei verliert man schon mal den Blick für das große Ganze ... und wie verflixt gut es ist. Großartig waren die Preisverleihungen des Berliner Umweltpreises. Schon an der Gästeliste dieser Abende ließ sich der Stellenwert des BUND für das politische Leben Berlins ablesen. Der Respekt für die kompetente, zielstrebige und hartnäckige Arbeit war deutlichst zu erleben.



HEIDE SCHINOWSKY

Vorsitzende 2013 – 2015

Was waren deine wesentlichen Ziele und Ideen für deine Arbeit im BUND?

In den BUND gestartet bin ich als BUNDjugendliche und habe den Berliner Landesverband von Beginn an als bunt und zum Engagement rundum einladend erlebt. Als Vorstandsmitglied und später Landesvorsitzende wollte ich genau das vertiefen: noch vielfältiger und politisch schlagkräftiger werden. Ein wichtiger Umbruch in meiner Zeit als Vorsitzende war der Fortgang von Andreas Jarfe als einem von zwei Landesgeschäftsführern. Wir beschlossen damals, die Stelle nicht neu zu besetzen, sondern diese Veränderung als Anlass fürs Neusortieren zu nutzen. In verschiedenen Runden haben wir danach die Zusammenarbeit zwischen den ehrenamtlich Engagierten, den Mitarbeiter*innen der Geschäftsstelle und uns als Vorstand neu aufgestellt. Innerhalb der Fachbereiche haben wir neue Austausch- und Planungsrunden eingeführt.

Was waren die Meilensteine deiner aktiven Zeit?

Der wohl wichtigste politische Erfolg in dieser Zeit war, gemeinsam mit vielen anderen Akteur*innen in der Stadt den Neubau eines Kohlekraftwerks zu verhindern. Maßgeblich mitangeschoben haben wir im Zuge dessen auch die Diskussion um die sowohl klima- als auch sozialverträgliche Sanierung von Wohnraum – ist immer noch eine der mega-wichtigen Aufgaben auf dem Weg zur klimaneutralen Stadt. Ein Tiefschlag war das – sehr knapp – verlorene Volksbegehren zur Rekommunalisierung vom Berliner Stromnetz und für die Gründung eines Berliner Stadtwerks. Aber so ist das eben mitunter beim Bohren dicker Brettern: nur dranbleiben hilft; und das Stadtwerk gibt's inzwischen auch.

Wie hast du Stimmung und Arbeitsweise im BUND Berlin erlebt? Was hat sich geändert, was ist gleichgeblieben?

Der Berliner BUND war für mich ganz schnell wie ein zweites Zuhause geworden, inhaltlich und auch mit Blick aufs Miteinander. Die vielfältige Arbeit unserer Haupt- und Ehrenamtlichen an unseren Kernthemen in Verbindung mit der mal mehr, mal etwas weniger großen politischen Reichweite waren für mich prägende Erfahrungen: Gemeinsam lässt sich was bewegen. Erhebende Highlights wie „Die schöne Klimaparty“ in Kooperation mit Radio Eins in der Kalkscheune oder die Umweltpreisverleihungen an tolle Projekte im Roten Rathaus waren das i-Tüpfelchen. Und unser BUNDjugend-Slogan „Und jetzt noch die Erde retten“ trägt heute noch genauso gut wie damals.

CHRONIK 1980 – 2020

1980

Gründung des BUND Berlin: Erster Vorsitzender wird der 2008 verstorbene Energiesparpionier und Lärm-bekämpfer Detlef Bramigk. Fast 100 Gründungsmit-glieder mit Schwerpunkten Naturschutz und Verkehrs-politik. Die Aktiven treffen sich im Aktionszentrum Umweltschutz (AZU) am Theodor-Heuss-Platz

1981

Der BUND Berlin wird als Naturschutzverband gemäß § 29 Bundesnaturschutzgesetz anerkannt, von nun an müssen die Behörden seine Stellungnahmen bei Planungsverfahren berücksichtigen

Im stillgelegten Wasserwerk Teufelssee entsteht das Naturschutzinformationszentrum Ökowerk. Mitglieder des AK Wasser untersuchen regelmäßig Nähr- und Sauerstoffgehalt des Teufelssees

1985

Klagen gegen Baumfällungen für Magnetschwebbahn im Tiergarten und gegen Autobahn durch den Tegeler Forst

Erste Aktion der Berliner BUNDjugend: Geldsammlung für einen Stadtgarten in Steglitz, der von Bebauung bedroht ist. Auf der Bundesgartenschau stellen BUND-jugendliche Kompostiertechniken vor (offizielle Grün-dung des Jugendverbands 1986)

Im Winter macht der BUND auf Smog aufmerksam und protestiert gegen den Einsatz von Streusalz

1986

In Mariendorf wird verseuchte Erde gefunden. Mutmaßlicher Verursacher der Umweltsauerei: die Batteriefabrik „Sonnenschein“, die sich im Besitz von Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling und seiner Frau befindet

Die Mobilitätsexpert*innen des BUND legen die Broschüre „Berlin verkehr(t)“ dem Abgeordnetenhaus vor

1987

Eigenes BUND-Büro in der Jagowstraße (Moabit)

1988

330.000 Berliner*innen unterstützen mit ihrer Unterschrift die „Initiative für einen grünen Flächen-nutzungsplan“ des BUND. Zentrale Forderungen: Grünflächen wie Kleingärten in der Stadt erhalten und den Verkehr umweltverträglicher gestalten

Der AK Wasser drängt erfolgreich auf Nachbesserung beim Berliner Wassergesetz

1989

Im Januar das 1000. Mitglied; Bezirksgruppen in Charlottenburg, Reinickendorf, Spandau, Tiergarten und Zehlendorf

Forderungen an neuen SPD/AL-Senat: Tempo 100 auf Avus, Busspuren, Offenlegung Wasserbücher, dezentrale Energieversorgung

Telefaxgerät angeschafft

Dreitägiges Seminar „Kochen und Backen mit Vollkorn“

BUND-Vertreterin im Energiebeirat der Umweltver-waltung

Steganlage am Riemeisterfenn verhindert

9. Dezember: Erste gemeinsame Aktion mit DDR-Umweltgruppen zu „Fleischkonsum zerstört Regen-wald“ an verschiedenen Grenzübergängen und Fastfood-Läden

1990

BUND zieht in die Crellestraße (Schöneberg)

Fotoausstellung „Alptraum Auto“ in Ost-Berlin

Kampagne „Rettet die Alleebäume“ mit Kinospot

Flugblattaktion gegen Verkauf von Wildkatzenpelz-mänteln im KaDeWe: Kaufhaus nimmt Mäntel aus dem Programm

1991

Klagen gegen (Wieder-)Öffnung der Havelchaussee für Autos und gegen Stromtrasse durch Spandauer Forst

Erste gemeinsame Veröffentlichung der beiden BUND-Landesverbände: „Golf kann jeden treffen: Ratgeber für Gemeinden und Bürger in den neuen Bundeslän-dern“

Senat öffnet Brandenburger Tor für Busse und Taxis,

BUND sammelt Unterschriften dagegen; Erfolg: Brandenburger Tor wieder Fußgängerbereich

1992

Geschäftsstelle Holzmarktstraße (Mitte) als Anlaufstelle für Ost-Berlin

Klage gegen Autobahnbau am Sachsendamm, Demo mit 20.000 Leuten

Ausstellung „Ein Grüngürtel für Berlin“ im Rathaus Schöneberg

BUND mit Sommersmog und Ozon in den Medien

Aktionsbündnis gegen Havelausbau gegründet

AK Naturschutz protestiert als „kritische Aktionäre“ bei Karstadt-Hauptversammlung gegen Verkauf importierter Papageien. Ergebnis: Selbstverpflichtung, nur noch in Europa nachgezüchtete Tropen-Vögel zu verkaufen

Erfolg: Abgeordnetenhaus beschließt Verbot von giftigen „Pflanzenschutzmitteln“ in Berliner Gärten und Grünanlagen

1993

Widerstand gegen umweltzerstörende Großprojekte: Havelausbau, Tiergartentunnel, Flächennutzungsplan mit vielen neuen Autobahn-Kilometern, Olympia-Bewerbung 2000 (im Sommer erledigt durch Berlins vierten Platz)

Unterstützung von Anwohner*innen der Brückenstraße (Mitte) bei ihrer Klage zur Einhaltung der EG-Richtlinie zur Luftreinhaltung

Berliner Umweltbibliothek gegründet

Täglich etwa 100 Telefonanrufe von Bürger*innen, Journalist*innen und Behörden beim BUND Berlin

1994

Bundesregierung beschließt Transrapid Berlin-Hamburg, BUND initiiert Aktionsbündnis für eine gute Bahnverbindung

BUND pachtet Streuobstwiese in Stahnsdorf

1995

Umweltpolitik als Wahlkampfthema: Zusammen mit anderen Verbänden lädt der BUND vor der Wahl zum Abgeordnetenhaus die umweltpolitischen Sprecher*innen der Parteien zur Diskussion

Von Spandau in die Prignitz: Radeln gegen den Transrapid

Baggersee von Wannsee bis Weißensee: Aktion vor der Berliner Gedächtniskirche, um auf die Dimension der Braunkohletegebaue in der Lausitz hinzuweisen

Verein Meßzelle analysiert kostengünstig Wasserproben für BUND-Mitglieder

Regionaler Einkaufsführer „Bio direkt“, Broschüre „Umweltfreundliche Schulmaterialien“ und eine Umweltschutzfibel auf Türkisch

Force de Fax gegen Force de Frappe: BUND-Aktive faxen Protestbotschaften von Passant*innen gegen französische Atomtests vor Mururoa direkt an Frankreichs Präsident Jacques Chirac

1996

Grüner Punkt: BUND weist nach, dass in Berlin die vorgeschriebenen Sammelquoten für Weißblech und Kunststoffe unterschritten werden

Klage gegen Vernichtung eines Fledermauswinterquartiers in Lichterfelde endet mit einem sinnvollen Vergleich

Senatsverkehrsverwaltung lehnt BUND-Antrag auf Sperrung der Brückenstraße ab – und wird vom Verwaltungsgericht gezwungen, andere Möglichkeiten zur Abgas- und Lärmreduzierung zu suchen

BUND-Veranstaltungsprogramm erscheint in einer Auflage von 100.000 als Beilage des Stadtmagazins „Zitty“

1997

BUND-Lobbyarbeit rettet alten Spreebogen in Charlottenburg

Streit um Straßenbau in der Lüdecke-Siedlung (Tempelhof): BUND stoppt vor Gericht Bauvorhaben, das Schachbrettfalter, Gartenrotschwanz und Blauflügelige Ödlandschrecke bedroht

BUND-Klage gegen Love Parade im Tiergarten wird zwar nicht zugelassen, setzt aber das Thema „Müll bei Großveranstaltungen“ auf die Tagesordnung – riesiges Medienecho

TU Berlin verabschiedet auf BUND-Anregung Umweltleitlinien: Es geht um Wasserspartasten, Energiesparlampen, naturverträgliche Entsorgung von Chemikalien

CHRONIK 1980 – 2020

Mobiler Reparaturservice: Dr. Bike macht Hausbesuche, wenn das Fahrrad Hilfe braucht. BUND-Mitglieder bekommen Rabatt

Mauersegler: Auf den BUND-Aufruf melden Berliner*innen fast 500 unbekannte Brutstätten, etliche bedrohte werden gerettet

1998

135.968 Unterschriften für die Volksinitiative gegen Transrapid Berlin–Hamburg

BUND gegen gigantischen Schleusenneubau am Teltowkanal in Kleinmachnow

3.000 Adressen auf 320 Seiten: das grüne Branchenbuch für Berlin-Brandenburg, herausgegeben vom BUND

1999

Senat endlich überzeugt: kein Atomstrom mehr in öffentlichen Gebäuden

BUND-Zeugnis für Senat vor Abgeordnetenhauswahl: Note 6 in den Fächern Naturschutz und Verkehr, 5 und 5+ in Gewässer- und Trinkwasserschutz, 4 in Klimaschutz und 4+ in Ehrenamtsförderung

Aktion „Hier werden Sie vergiftet“ am Kaiser-Wilhelm-Platz: BUND fordert Filterpflicht für Diesel-Fahrzeuge und bessere Überwachung der Dieselruß-Grenzwerte

Erste Führung durch den neuen Natur-Park Südgelände

Bezirksgruppe Spandau übernimmt Patenschaft für Naturdenkmale „Immenweide“ und „Glühwürmchengrund“

2000

Endlich: Bahn und Bundesregierung canceln Transrapid

Buch und Konzept „Straßenbahn für ganz Berlin“

Senatsumweltverwaltung erfüllt BUND-Forderung: Berliner Wälder sollen nach Naturland- und FSC-Richtlinien zertifiziert werden

Über 3.000 Stellungnahmen zum Sacrow-Paretzer-Kanal verhindern schnelles Durchwinken der Ausbaupläne

Samenhändler BUND: Katalog alter Kulturpflanzen-sorten

12.000 Mitglieder und Fördermitglieder in Berlin

2001

Das evangelische Krankenhaus Hubertushöhe erhält als erste Klinik das BUND-Gütesiegel „Energie sparendes Krankenhaus“

„Zeit für die Oder“ heißt das neue Aktionsbündnis mit Umweltgruppen aus Polen und Tschechien. Ziel: Den Fluss und den Nationalpark Unteres Odertal vor Oder-Ausbauplänen schützen

Ausstellung „E-Mails aus der Zukunft“: Wie werden wir im Jahr 2042 leben?

2002

Vor der Bundestagswahl: Gespräche mit Berliner und Brandenburger Kandidat*innen über Klimaschutz und Wasserstraßenbau

Symbolischer Trambetrieb mit einer Draisine auf der Leipziger Straße; Forderung: Straßenbahn für ganz Berlin!

Spendenaktion „Bäume für Berlin“ bringt 30.000 Euro für Ersatz von sturmgefallten Bäumen

Mahnwache für den verfolgten russischen Umweltjournalisten Grigorij Pasko, die zusammen mit ähnlichen, weltweiten Protesten zu seiner Freilassung führt

2003

Einjahresbilanz von „Bäume für Berlin“: 750 Neupflanzungen

BUND verhindert fällfreundliche Neuformulierung der Baumschutzverordnung in Berlin

Urteil Brückenstraße: nächtliches Tempo-30-Limit und Lkw-Fahrverbot

Gemeinsame Infokampagne mit Schornsteinfegerinnung zu Energiesparpotenzialen beim Heizen

2004

Luftreinhalteplan des Senats erfüllt BUND-Forderung nach Umweltzone

Trommeln auf der Friedrichstraße: Demo für Lärmmin-derungsplan

Biberburg am Sacrow-Paretzer Kanal entdeckt: BUND fordert Verzicht auf Ausbau

Kooperation mit polnischen NGOs: Schutz für Rote Kühe und alte Kulturpflanzen

Bezirksgruppe Südwest zertifiziert naturnahe Gärten

2005

Berliner Umweltpreis erstmals vom BUND vergeben

Berliner Müll im Braunkohlekraftwerk Jänschwalde: BUND unterstützt Klage

BUND-Fahrradstadtplan für Berlin

2006

Türkischsprachige BUND-Gruppe Yeşil Çember (grüner Kreis) gegründet

4.000 Protestpostkarten gegen Stilllegung: Straßenbahn nach Schmöckwitz gerettet

Bereits im April sind die maximal 35 erlaubten Grenzwertüberschreitungen jährlich bei Feinstaub erreicht: BUND protestiert vor Messstation

Mit dem Rad zur Fanmeile: BUND veröffentlicht im Senatsauftrag WM-Fahrradstadtplan

BUNDzeit erscheint erstmals

Berliner*innen melden 300 Nistplätze von Mauerseglern, Mehlschwalben und Haussperlingen

Projekt „Einkaufen mit dem Rad“ in Berlin, Potsdam und vier anderen Städten

2007

Engagement für den Uferradweg durch den Schlosspark Charlottenburg

Türkischer Umwelttag mit 150 Teilnehmenden

1000. Baumpflanzung dank „Bäume für Berlin“

Baumschlau-Drehfix: Bäume unterwegs bestimmen – ganz ohne Smartphone

8. Dezember: Klimaschutz-Demos bundesweit und natürlich auch in Berlin

2008

Volksentscheid über die Zukunft des Flughafens Tempelhof: BUND wirbt erfolgreich für Schließung

Online-Foto-Anleitungen für Baumschutz am Bau

Widerstand gegen A-100-Verlängerung zum Treptower Park: Einwendungen, Unterschriftensammelaktionen, Pressearbeit

Biberführungen am Tegeler See

Wanderkarte „20 grüne Hauptwege“

Östliche Bergmannstraße wird Fahrradstraße: BUND-Idee

Stromfresser entlarven: BUND verleiht Messgeräte

Berliner Energiecheck startet: BUND schult Energieberater*innen, die geringverdienende Haushalte besuchen

Im zweiten Jahr in Folge hält Berlin die Feinstaubgrenzwerte ein – auch dank der vom BUND durchgesetzten Umweltzone

2009

Diskussion um Nachnutzung des Ende 2008 stillgelegten Flughafens Tempelhof: BUND für Erhalt der Freifläche

Protest hat sich gelohnt: Vattenfall gibt Pläne für Kohlekraftwerk in Lichtenberg auf

Gemeinsamer Gegenentwurf zum Berliner Klimaschutzgesetz von BUND, Mieterverein und Industrie- und Handelskammer

Bundesverkehrsministerium beschließt, Havel und Spree nicht für den Begegnungsverkehr von Großmotorgüterschiffen auszubauen: historischer Erfolg der Kampagne „Stopp Havelausbau! Flussretter zeigen Flagge“ mit 20.000 Unterstützer*innen

2010

Vergleich vor dem Bundesverwaltungsgericht: Der Sacrow-Paretzer Kanal wird zwar tiefer, aber nicht breiter. Der BUND hatte gegen den Ausbau für Begegnungsverkehr großer Schubverbände geklagt

BUND unterstützt Anwohner*innen bei Prozessen gegen den Ausbau von Invalidenstraße und Axel-Springer-Straße

Berliner Abfallcheck: haushaltsnahe Abfallberatung für geringverdienende Haushalte

Gartendenkmal in der Lichtenfelder Drakestraße gerettet: Bezirk wollte dort eine Sporthalle bauen

CHRONIK 1980 – 2020

2011

Erste „Wir haben es satt!“-Demo parallel zur Grünen Woche

A-100-Bau ausgebremst: Bundesverwaltungsgericht stoppt Räumung von Kleingärten in Neukölln

Mitpflanzaktion „10.000 Tulpen für Berlin“: Kritik an Mangelwirtschaft in Berliner Grünflächenämtern

Energia Atomowa? Nie dziekuje! 50.000 Einwendungen gegen geplantes Atomkraftwerk in Polen

Bezirksgruppe Südwest setzt das Grab von Heinrich von Kleist und Henriette Vogel am Kleinen Wannsee ökologisch instand: Wurzelstubben, alte Ziegelsteine und jede Menge Totholz bleiben in der Gedenkstätte

2012

Niederlage vor dem Bundesverwaltungsgericht: A 100 zum Treptower Park darf gebaut werden; BUND erreicht Zugeständnisse beim Lärmschutz, zwei von vier Wohnhäusern bleiben stehen

Fußgänger*innenunfreundliche Ampeln dokumentiert (350 Anlagen berlinweit)

2013

Volksentscheid zur Rekommunalisierung des Berliner Stromnetzes (scheitert knapp)

BUND verhindert Baumfällungen für ein überdimensioniertes Bauvorhaben direkt gegenüber der Landesgeschäftsstelle

BUND lässt Simulationstool für verschiedene Szenarien der Wärmewende entwickeln

Neue Verpachtung der BUND-Streuobstwiese in Stahnsdorf: Seitdem gibt es mehr Obstbäume, Schafsbeweidung und Apfelsaft von der Wiese (zu kaufen in der Berliner Geschäftsstelle)

Herbstliche Pilzberatung

Verwaltungsgericht Potsdam hebt Planfeststellung für Neubau der Schleuse Kleinmachnow auf: Statt 190 Meter langer Kammer bleibt es bei 85 Metern

Kampagne „Radspuren frei!“

BUND-Klage verhindert Wasserbecken auf dem Tempelhofer Feld

2014

Volksentscheid Tempelhofer Feld: große Mehrheit für den Erhalt der Freifläche

Das Repair-Café Schöneberg öffnet in der BUND-Landesgeschäftsstelle (einmal pro Monat)

Bedrohte Bäume am Landwehrkanal: Sechsjähriges Mediationsverfahren endet mit dem Erhalt aller Bäume

Klimamanager*innen für Kliniken: BUND schult Krankenhausbeschäftigte

Flächen recyceln statt neu versiegeln: BUND dokumentiert Wohnbaupotenziale auf Parkplätzen, Discountern etc.

Biber-Führungen im Spreewald, Pilzwanderungen in Berliner Parkanlagen

Zu Fuß zur Schule: 62 Schulen und sieben Verkehrsschulen unterstützt der BUND bei der Mobilitätserziehung

2015

Wegweisendes Urteil: Nur Natur kann Natur ersetzen (BUND hatte gegen Multifunktionsweg im Wannseebahngraben als „Ausgleichsmaßnahme“ geklagt)

Tempo 30 auf Berliner Allee: Gericht gibt vom BUND unterstützten Anwohner Recht

Steglitz-Zehlendorf: Nach BUND-Protesten vermietet der Bezirk öffentliche Flächen nicht mehr an Zirkusse mit Wildtieren

Der erste Berliner Klimatag: BUND-Veranstaltung präsentiert Organisationen der Zivilgesellschaft, die sich für Kohleausstieg, erneuerbare Energien, Zero Waste, Verkehrswende etc. einsetzen

Vogelfreundliche Fassaden am Bundesforschungsministerium

CETA und TTIP stoppen: Hunderttausende demonstrieren für gute und faire Umwelt- und Sozialstandards, 250.000 allein in Berlin

2016

Weidelandchaft Lichterfelde Süd: BUND und Bezirksamt schließen Kooperationsvertrag zur Pflege der zehn Hektar großen Fläche, auf der viele bedrohte Arten siedeln

Für bessere Luft und weniger Lärm: Antrag auf Tempo 30 an 20 Hauptverkehrsstraßen

BUND-Luftverkehrskonzept für Berlin-Brandenburg:
Entgelte hoch, Subventionen runter

Aktion „Ich will meine Altglastonne zurück!“

2017

„Danke für Ihr Nein zu Tegel“: BUND mobilisiert für
Ruhe und Klimaschutz beim TXL-Volksentscheid

„Rettet unser Trinkwasser“: 25.000 Menschen unter-
stützen Petition gegen die Verschmutzung der Spree
mit Sulfat aus den Tagebauen der Lausitz

In der Berliner Landesgeschäftsstelle steht ein „Fair-
teiler“: Im öffentlichen Kühlschrank werden nicht
benötigte, aber genießbare Lebensmittel abgelegt und
von anderen Menschen mitgenommen

2018

Abgeordnetenhaus beschließt Mobilitätsgesetz: BUND
hatte maßgeblich daran mitgearbeitet

Radverkehrsnetz von BUND, ADFC, Changing Cities
und VCD

Machbarkeitsstudie Kohleausstieg: Wie die Wärmever-
sorgung Berlins dekarbonisiert wird

Der Hambi ruft: Tausende Aktive von BUND und
BUNDjugend demonstrieren in NRW für Klimaschutz
und gegen Landschaftszerstörung

2019

Eine grüne Welt ist tanzbar: Projekt Clubtopia verrin-
gert den ökologischen Fußabdruck des Nachtlebens

2020

Foto-Challenge „Das kann weg“: BUND-Aktive zeigen,
wo nachverdichtet werden kann, ohne dass Stadtnatur
verloren geht

Repair-Cafés finden virtuell statt

BUND gewinnt jahrelangen Rechtsstreit: Illegaler Steg
am Müggelsee muss weg

IMPRESSUM

© 2021

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland,
Landesverband Berlin e. V. (kurz: BUND Berlin)
Crellestraße 35
10827 Berlin
www.BUND-Berlin.de

Text: Sebastian Petrich

Redaktion: Thorsten Edler, Dr. Andreas Faensen-Thiebes,
Verena Fehlenberg, Verena Graichen, Carmen Schultze

Fotos: BUND Berlin, Jörg Farys, Dirk Harmel, Eckart Klaffke,
Anne Loba, Björn Obmann, Dietmar Schellga, Claudia Wegworth

Gestaltung: sujet.design



